

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzelle oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Koalitionsfreiheit und Koalitionszwang.

In juristischen Kreisen, aber auch bei den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, besonders in den Angestellten- und Beamtenvereinigungen, ist schon seit längerer Zeit das in Artikel 159 in Verbindung mit Artikel 165 Absatz 1 der Reichsverfassung festgelegte Koalitionsrecht, sein Umfang sowie seine Wirkungen, Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen. Im wesentlichen dreht sich der Streit darum, ob das bestehende Koalitionsrecht, das durch die Verfassung zur vollen Koalitionsfreiheit ausgedehnt wurde, die Berufsvereinigungen berechtigt, ihre Mitglieder zur Erfüllung der bei Eintritt in die Organisation anerkannten Pflichten sowie der zum Beschluß erhobenen Verpflichtungen eventuell auf dem Klagenwege anzuhalten, oder aber jede derartige Bindung ausgeschlossen ist. Als solche Verpflichtungen kommen in der Hauptsache in Betracht: Zahlung der Mitgliedsbeiträge sowie die Einhaltung einer bestimmten Kündigungsfrist für den Fall des Austritts. Im weiteren steht aber auch die Berechtigung zur Rückzahlung von Leistungen, Festsetzung von Konventionalstrafen, Bußen usw. für organisationswidriges Verhalten in Frage. Ueber die Zulässigkeit einer dahingehenden Bindung, die zweifellos einen gewissen Koalitionszwang einschließt, gehen die Ansichten zum Teil sehr wesentlich auseinander, was beweist, daß die gegenwärtige Rechtslage eine noch sehr unklare ist. Das tritt auch in der Stellung der Gerichte zum Vorschein, die häufig zu sich schroff widersprechenden Entscheidungen gelangen.

Für die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, insbesondere für das Verhältnis zu ihren Mitgliedern, hat dieser Meinungsstreit nur untergeordnete Bedeutung. Sie können durch einen wie immer gearteten Koalitionszwang nichts gewinnen. Selbst wenn deshalb die von den Arbeitgebern sowie einzelnen Angestellten- und Beamtenverbänden angestrebte rechtliche Bindung der Mitglieder vorhanden wäre, ergäbe sich daraus für sie kein Vorteil. Das verhindert schon die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, die eine Inanspruchnahme des Rechtsweges zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft oder zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in den meisten Fällen anschießt. Aber nicht nur aus diesem Grunde können die Gewerkschaften an einem gleichgültig wie gearteten Koalitionszwang kein Interesse haben. Dieser würde ihren Bestrebungen im Wege stehen, wie das Beispiel der auf dem Koalitionszwang aufgebauten russischen sowie italienischen faschistischen Gewerkschaften zeigt. Die Gewerkschaftsbewegung wie die Erreichung ihrer Ziele beruht auf der Solidarität der Arbeiter, ihrer verstandesmäßigen Heranziehung zu den Organisationen, der Erweckung ihres Klassenbewußtseins, Aufklärung und Ueberzeugung dahin, daß sie nur durch innigsten solidarischen gewerkschaftlichen Zusammenschluß ihre wirtschaftliche und kulturelle Stellung verbessern können. Eine derartige Einstellung der Arbeiter ist durch rechtlichen Zwang nicht zu erreichen. Auch den übrigen Arbeitnehmerverbänden verschaffen deshalb Zwangsmittel nur sehr problematische Vorteile, da sie den inneren Zusammenhalt der Organisation notwendigerweise schwächen. Anders dagegen bei den Unternehmern, deren wirtschaftliche Macht durch den Koalitionszwang eine wesentliche Stärkung erfahren würde, weshalb sie ihn jederzeit in mehr oder weniger verschleierte Form zur Anwendung zu bringen suchten. Das uneingeschränkt zu tun, wurden sie lediglich durch die Vorschriften des § 152 G.O. behindert.

Hiernach ist es verständlich, daß gerade das Unternehmertum die durch Artikel 159 der Verfassung gegebene Koalitionsfreiheit und ihre bisherigen Auslegungen in der Rechtsprechungspraxis zum Gegenstand heftiger Angriffe macht. Von den Syndicis der Arbeitgeberverbände werden alle satzbar bekannten Künste der juristischen Rabulistik aufgeboden, um den Nachweis zu erbringen, daß der vom Reichsgericht wie auch andern Gerichten vertretene

Standpunkt unhaltbar sei, sich im Widerspruch mit dem Sinn der Verfassung befinde und das von ihnen angenommene Hindernis des § 152 G.O. gar nicht mehr existiere. Die dahingehende Beweisführung kann bei ungenügender Prüfung der Sachlage leicht zu diesem Schlusse führen, wie denn auch bereits eine Anzahl namhafter Juristen sich dieser Auffassung angeschlossen hat. Dennoch kann sie nicht als zutreffend angesehen werden und nur den Wunsch rechtfertigen, daß über diese Frage möglichst bald einwandfreie Klarheit geschaffen wird.

Durch Artikel 159 in Verbindung mit Artikel 165 Absatz 1 hat die Reichsverfassung allen Berufsständen das Koalitionsrecht gegeben, denen infolgedessen volle Vereinigungsfreiheit zusteht. Alle Abreden und Maßnahmen, die diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig. Die Arbeiter und Angestellten werden als berufen bezeichnet, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Darüber, daß diese Vorschriften positives, das heißt geltendes Recht darstellen, kann ein Zweifel nicht bestehen. Es ist hierüber auch keine Meinungsverschiedenheit vorhanden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben das Recht, sich zu wirtschaftlichen Zwecken zu vereinigen; sie dürfen in dieser Freiheit nicht behindert werden. Auch darüber ist man sich einig, daß die Freiheit zur wirtschaftlichen Vereinigung gleichzeitig die Freiheit in sich schließt, von einer Koalition Abstand zu nehmen. Die Anwendung des Koalitionszwanges wird wie die Beschränkung der Koalitionsfreiheit als rechtswidrig betrachtet. Zwar führt eine Behinderung der Koalitionsabsicht wie des Koalitionszwanges nicht mehr wie früher unter der Geltung des herkömmlichen § 153 G.O. ohne weiteres zur strafrechtlichen Ahndung. Nur soweit bei der Koalitionsbehinderung oder dem Koalitionszwang strafrechtliche Vorschriften übertreten, also Nötigung, Erpressung, Drohung usw. angewendet werden, tritt eine strafrechtliche Verfolgung ein. Dagegen ist bei vorkommenden Fällen der Koalitionsbehinderung wie des Koalitionszwanges die zivilrechtliche Haftung gegeben, sofern sich daraus ein materieller Schaden nachweisen läßt.

Beständen die Vorschriften des Artikels 159 und 165 der Verfassung für sich allein, so könnte man auf Grund ihres Inhaltes wohl zu der Ansicht gelangen, daß die festgelegte Vereinigungsfreiheit insoweit einen beschränkten Koalitionszwang zuläßt, als Verpflichtungen in Frage kommen, die mit dem Eintritt in die Koalition durch Anerkennung ihrer Satzungen oder während der Mitgliedschaft durch Beschlüsse entstanden sind. Es muß zugestanden werden, daß der Eintritt in eine Organisation zwischen ihr und dem eintretenden Mitglied ein dem bürgerlichen Recht entsprechendes Vertragsverhältnis entstehen läßt, die Organisation wie das Mitglied gewisse Verpflichtungen übernehmen, die beide Teile zu erfüllen haben. Daran ändert auch der Zustand nichts, daß die Gewerkschaftsverbände nicht als juristische Personen gelten. Das Reichsgericht hat das auch zum Teil anerkannt, indem es zwischen Vereinigungen mit und ohne Kampfcharakter unterscheidet, im ersteren Falle die Erfüllungspflicht ablehnt, im letzteren dagegen anerkennt. Die Berechtigung zu einer solchen Unterscheidung liegt jedoch nicht vor, denn in § 152 G.O. ist eine solche Unterscheidung nicht vorgesehen, sondern seine Vorschriften umfassen alle Vereinigungen und Verabredungen zum Zwecke günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und stellen jedem Teilnehmer den Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, ohne daß daraus Klagen oder Einreden zulässig sind.

Von den Vertretern des beschränkten rechtlichen Koalitionszwanges wird diese Tatsache nicht bestritten, wohl aber eingewendet, daß § 152 G.O. durch die Artikel 159 und 165 der Reichsverfassung hinfällig und da-

mit aufgehoben wurde. In der Verfassung steht davon nichts, und auch sonst liegt kein gesetzgeberischer Akt vor, der diese Ansicht unterstützen könnte. Diese beruht deshalb völlig auf sehr anfechtbaren juristischen Konstruktionen. Zugestanden kann lediglich werden, daß § 152 Absatz 1 G.O. durch Artikel 159 der Reichsverfassung gegenstandslos geworden ist, insofern, als sein Inhalt dort aufgenommen wurde. Deshalb hat aber der Absatz 2 der genannten Vorschrift an seiner Geltung nichts eingebüßt und macht so alle Interpretationsversuche im Sinne eines Koalitionszwanges hinfällig. An dieser Rechtslage etwas zu ändern, besteht für die Arbeiter kein Interesse, so sehr sich auch das Unternehmertum über die Rechtsschutzlosigkeit der Berufsverbände gegenüber ihren Mitgliedern entzündet. Auch vom allgemein-volkswirtschaftlichen Standpunkt aus bestehen gegen ihre Forderung in der von den Unternehmern gewünschten Richtung erhebliche Bedenken. Sie würde nur zur Verstärkung des wirtschaftlichen Uebergewichts des Großunternehmertums über die kleinen und schwächeren Unternehmer als auch zur Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe führen, wozu keine Veranlassung besteht.

Unsere statistischen Feststellungen vom 25. April 1925.

868 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 82 189 nachgewiesen, darunter 6481 Lehrlinge. Arbeitslos waren 4055 oder 4,93% und krank 1445 oder 1,76%. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	arbeitslos	krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	52	2802	273	652	40
Brandenburg	99	9418	665	267	190
Pommern	48	2799	248	96	61
Grenzmark	9	422	68	43	14
Schlesien	83	7607	1005	778	155
Sachsen	64	5383	403	161	91
Schleswig-Holstein	35	2258	128	280	57
Hannover	65	3612	136	85	70
Westfalen	31	2295	151	62	51
Hessen-Nassau	16	2680	103	139	50
Rheinland	25	3671	168	103	61
Hohenzollern	—	—	—	—	—
Preußen	527	42947	3348	2666	840
Bayern	77	6056	407	353	119
(Rheinpfalz)	5	147	9	14	5
Sachsen	62	14084	1431	327	149
Württemberg	24	1785	80	11	38
Baden	14	2165	103	18	39
Thüringen	48	3750	285	119	82
Hessen	11	958	81	21	22
Mecklenburg-Schwerin	52	1821	179	70	33
Mecklenburg-Strelitz	9	301	52	15	9
Oldenburg	8	518	45	1	11
Braunschweig	11	775	55	11	12
Anhalt	8	474	31	10	11
Schaumburg-Lippe	3	131	14	1	4
Lippe-Deimold	3	70	5	—	1
Waldeck	1	23	—	—	2
Lübeck	1	482	37	15	9
Bremen	1	1144	32	—	14
Hamburg	2	3719	234	130	36
Deutsches Reich	867	81350	6428	3782	1436
Danzig	1	839	53	273	9
Insgesamt	868	82189	6481	4055	1445

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 28. März hat sich die Arbeitslosenziffer von 12,19 auf 4,93%, die Krankenziffer von 2,19 auf 1,76% verringert. 102 Zahlstellen haben nicht berichtet.

Das Ergebnis vom 28. März stellt sich, nachdem noch 43 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 909 Zahlstellen mit zusammen 81 518 Mitgliedern, darunter 7053 Lehrlinge, waren 9852 Mitglieder arbeitslos und 1794 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 30. Mai.

Kosten der Lohnkämpfe unseres Zentralverbandes im Jahre 1924.

Zahlstelle		Aus der Zentral-tasse		Aus der Lokal-tasse		Zahlstelle		Aus der Zentral-tasse		Aus der Lokal-tasse		Zahlstelle		Aus der Zentral-tasse		Aus der Lokal-tasse		Zahlstelle		Aus der Zentral-tasse		Aus der Lokal-tasse				
M.	Ä.	M.	Ä.	M.	Ä.	M.	Ä.	M.	Ä.	M.	Ä.	M.	Ä.	M.	Ä.	M.	Ä.	M.	Ä.	M.	Ä.	M.	Ä.			
Aachen	1144	20				Dresden	3384	85	2162	20		Jauer	31			Neumarkt	30	70		Seeb.	51	80				
Ahlen	58					Droyßig	207	80				Jena	821	32	41	40	Neumünster	6	75		Senftenberg	484	60			
Ahrensburg	117	66	46			Duisburg	6396	55				Jüterbog			30		Neuruppin	177	24		Senßburg	272	84			
Alfeld	474	30	65	30		Düren	205	48				Kahla	104	88			Neuß	2062	79	122	10	Siegen	188	80	6	40
Allenburg	126	50				Düsseldorf	9586	27				Kaltberge	261	60	283		Neustadt b. Coburg	69	16		Singen	162	60	74	40	
Allenstein	896	96	53	60		Eggenforf	457	20				Kamenz	626	70			Neustadt i. Holstein	120	40		Sitzendorf	22	30			
Alsfeld	393	75				Eilenburg	40	65	20	64		Karlruhe	135	84			Neustadt i. Mecklb.	283	98		Sohland	307	65	52	25	
Alsleben	18	05				Einbeck	662	40				Kattowiß	353	80			Neustadt a. d. Orla	470	50	15	50	Sommerfeld	334	30	22	29
Altenburg	504	70	198	20		Eisenach	906	25				Kaufbeuren	104	52	46	64	Neustettin	151	60		Sorau	1107	14	114	70	
Altensmarkt	143		185	90		Eisenberg	111					Kehl a. Rh.	62	40			Neustreititz	99	06	203	Speyer	542	25	66		
Altensmittenbach	696	12				Elbing	3044	40				Kelbra	338		20		Nienburg a. d. S.	11	40		Springe	546				
Altötting	350	40	5	86		Elmhorn	202	45	15			Kempten	112		132	60	Nienburg a. d. W.	776		100	Sprottau	131	39			
Amberg	334	38				Elsterberg	168		10			Kiel	14375	35	1772	40	Nicolaiken	10			Stade	7	60			
Angerburg	745	80	61	50		Elvershausen	391	84				Kirchhain	726	50	62	50	Norden	362	28	85	Stadthagen	91	03			
Annaberg-B.	218					Emden	600					Kitzingen	568		5	88	Nordenham	3285	50	427	85	Stallupönen	301	08		
Annaburg	19	60				Erding	94		148			Klüß			32	41	Norderneu	70	41		Stargard i. M.			65	78	
Apolda	317	28	116			Erfurt	4897	36				Köln	9410	81			Northeim	270			Stargard i. P.	228	20	75	40	
Arnswalde	661	17				Ernter	1	0	65	20		Kolberg	643	15	10	68	Rosfen	261	10		Stätsfurt	424	63	20		
Arschaffenburg	222	94				Essen	10185	10	80	96		Königsberg i. Pr.	11596	20	5435	80	Rührberg	10833	90	2441	35	Stavenhagen			130	75
Auerbach	317					Cyditkühnen	225	50				Königsbrütle	408	20			Obernarschacht	56	70		Stendal	773	80			
Augsburg	1884		495	97		Falkenstein	232	20				Königs-Lutter	32	24			Ob.-Niederneufirch	82		115	Sternberg i. M.	10	65	40	05	
Bad Mübling	57	90				Falkenberg	82	19	12			Königs-Wusterhauß.	522		548		Oels	212	41		Stettin	5192	32			
Bad Harzburg	152					Feldberg i. M.	15	40	74	10		Konradt	50	40			Oelsnitß	561	67	40	Stollberg i. Erzgeb.	120	11	90	89	
Bad Kissingen			7	20		Felstenberg	100	80				Köslin	94	30	14		Oblau			92	40	Starlow	65	60		
Bad Lausitz	30					Fleisburg	20					Kranichfeld	70	07			Obernhan	34	50		Stralsund	400		609	18	
Bad Deynshausen	1361	88				Forchheim	395	07				Kremmen	23	80	15	20	Olbenburg, Fr.	2744		404	12	Straubing	65	97		
Bad Zülz	13					Forst	2086	20	48	10		Kronach	109	20			Oppeln	5049	02	154	80	Strehla a. d. C.	16			
Bamberg	4259	18	60	42		Förstle	1447	50				Kröpelin	49	52	62		Oranienburg	1173	39		Strehlen	623	68			
Barby	280	14	47	28		Frankenberg	134	80	50			Kulmbach	769	13			Ortelburg	672	16		Stuttgart	1422	20	11	05	
Bargleheide	9	20				Frankfurt a. M.	6633	29	1456	40		Laage	136		23	20	Oschay	17	12		Suhl	101	16			
Barmen-Eberfeld	2845	50	424	95		Frankfurt a. d. O.	121	06	814	15		Labiau	486	41			Osnabrück	279		252	Swinemünde	840	52	11	85	
Bartenstein	832	30				Freiberg i. Sa.	1938	68	386	50		Lachendorf	4				Osterburg	46	50		Tangerhütte	5	40			
Basel-Osten	20	60				Freiburg i. B.	106	20	4	20		Lahn	7				Osternode	584	10		Tangermünde	640	90			
Baunzen	1900	85	71	49		Freiburg i. Schl.	188	60	20			Lampringe	139	98			Paderborn	65	12		Tann	126	72			
Bayreuth	21	60				Freising	58	38	37	02		Landau	166	30	167	50	Parchim	67	10		Telßin	25	20	35	04	
Beelitz	105					Freyhan	307	20				Landsberg a. d. W.	249	55			Partenfirch	109	86		Teterow			271	22	
Belgard	656	52				Frieda	19	80				Landshtut i. Bayern	211	14			Paterswalke	29	85		Tiefenort	119	24	4	35	
Belgern	289	80	20			Friedland i. M.	58	61	115			Langelshelm	24		20		Passau	4264	93	436	38	Tilfit	831	98	32	
Bensheim	152	80	40	90		Friedland i. Ostpr.	63	05				Langenbielau	113	60			Passchau	542	20	106	46	Timmendorde	23	73		
Berlin	7269	71	2558	15		Fürstenwalde	117	60				Langenbielß	270				Peine	26	58		Tömming	729	68			
Berlinchen	22	40				Gadebusch	81	25	116	88		Lauenburg i. P.	38	64			Peitz	676	25	5	10	Torgelow	18	26		
Bernaun	973	75				Gardelegen	614	60				Lauf	267	82	22	52	Penzig	32	34		Tostedt	73				
Berne	124	20	54	30		Garz a. d. O.	3		4			Laußen	69	81			Penzlin			217	29	Trebbin	166	65	68	35
Bernstadt	136	92	5			Gelsenkirchen	3264	19	172	50		Leer i. Ostpr.	89	96			Pillfallen	995	70	30		Trebnitz	366	50		
Bielefeld	4886	25	27	90		Genthin	321	58				Lehe-Geseftemünde	10577	19	650		Pinneberg	257	94	86	06	Triebel	141	25		
Birkenwerder	373	50				Gera	105	19	22	80		Lehesten	90	40	8	55	Plau	30	88	27		Troisdorf i. Rhld.	400	55	22	60
Bischofsburg	27	90				Gerswalde i. Ostpr.	13	60				Lehn	112	16	38	50	Plauen	3113	78	356		Tuttlingen	10			
Bitterfeld	178	89				Glaz	45	30				Leipzig	33983	55	9032	30	Plön	32	46	3		Uelzen	1183	60	201	15
Blantenburg	245	08				Gliewitz	515	90				Leisnig	2	24			Polzin	846	40	62		Ulm	100	80		
Bleicherode	25	62				Glückstadt	7	50				Leugo	221	32			Potsdam			1764	55	Ufingen	96	14	20	40
Bochum	4549	25	572	72		Gmund	8	40				Liebenburg	560	60			Prenzlau	289	88		Varel	200		288	10	
Bonn	308		2			Gnoien			112	93		Liegnitz	258	09	835	39	Preuß.-Czylau	299	28	92	80	Velbert	281	58		
Borna	85	80				Goldap	99	40				Lindau	115	06	280	65	Preuß.	7	36		Walden a. d. Wils.	167				
Braße	293	19				Goldberg i. M.			129	15		Lippelshne	50	60	13	20	Prien	823	07	35	70	Walten i. d. Mark.	61	68		
Bramsche	42	30	37	76		Gommern	712	99				Löbau	457	55	195	07	Queblinburg	263	60		Verden a. d. N.	109	40			
Brandenburg	1158	76				Görlitz	174	43				Löcknitz	67	16			Rastenburg	946	92		Vienenburg	248	13			
Braunsberg	37	40		30		Goslar	396	20				Lübben-Steintirch.	32	40	8		Rathenow	8	20		Waltenburg i. Schl.	2967	80	211		
Braunschweig	3743	38	188	77		Göttingen	1291	50	296			Lübbeck	1818	62			Regensburg	1449	24		Waltershausen	398	60			
Bremen	12273	50	110	60		Grabow	60		189	60		Lüben	425	77			Regis	40	80		Wanne	831	75			
Breslau	5246	61	1154	34		Greiz	31	30				Luckenwalde	127	40	82		Rehau	279	52		Waren i. Mecklb.			221	20	
Brieg	285	09				Grimma i. Sa.	254	94	3	02		Lüdenscheid	402	89	149	50	Reichenbach i. Schl.	408	44		Warnemünde	202	01	142	50	
Brüel			106	74		Großich-Pegau	861	80	218	70		Lubowitzluft	10	68			Reichenbach i. B.	750	79	99	60	Weslau	316	05	60	
Brunsbüttel	302	10	80			Gronau i. Hann.	287	50				Lüneburg	224	45			Reichenbachsen.	74	56		Weida	383	45			
Brunshaupten			84			Großenhain	1834	05				Lützen	1407	50	110		Remscheid	1587	92		Weimar	2480	08	28	51	
Bückeburg	222	11	108	65		Groß-Rofern			125	06		Lyz	321	30			Reußenburg	290	40	1		Weißenfels	24			
Buer	538	95	61			Groß-Zimmern	301	27				Magdeburg	16164	55	3054		Riesa	428	50		Weißwasser	345	96	25		
Bunzlau	66	80	94	40		Grünberg	37	66				Mairz	4846	67	1356	25	Rimbach	181	80	15		Werbau i. S.	83	34	13	40
Burg a. F.	168					Guben	1208	65	948	73		Malchow			75		Röbel	46		121	80	Werder a. d. S.	127	50		
Burg b. M.	1013																									

Die Konjunktur im Mai.

Die Meldungen über den Einfluß der Wahl Hindenburgs auf die Wirtschaft des Auslandes widersprechen sich. Die Rechtsblätter insbesondere bemühen sich, die Wahl dieses Militärs als vollständig wirkungslos im ungünstigen Sinne hinzustellen. Bei der Einstellung des Auslandes gegenüber dem militaristischen System, wie es Hindenburg verkörpert, wirkt die Wahl eines solchen Mannes lähmend auf die Geschäfte. Doch ist daran zu erinnern, daß das Kapital international derartig verflochten ist, daß, wenn der deutsche Rechtskurs sich nicht in katastrophaler Politik gefüllt, das alte Verhältnis bald wieder hergestellt sein wird. Man halte sich stets vor Augen, und die zukünftige Entwicklung wird es bestätigen: Die politische Reaktion in Deutschland beabsichtigt nicht im geringsten eine Aenderung der auswärtigen Politik, ihr Ziel ist einzig und allein auf die Zurückdrängung des Einflusses der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft und auf die Etablierung einer rücksichtslosen Kapitalherrschaft gerichtet. In dieser Linie liegt auch die Verjöhnung der Rechten mit der Republik. Wenn die Reaktion die Republik zu beherrschender Vermag, weshalb soll sie sie bekämpfen?

Die Verhältnisse am Geldmarkt zeigten Anfang Mai eine nicht geringe Verstärkung, der Status der Reichsbank am 30. April infolge der Ultimoansprüche eine Anspannung, die jedoch über das Normalmaß nicht hinausging. Der private Kreditbedarf an die Reichsbank belief sich Ende April auf 235,2 Millionen gegen 152,1 Millionen Ende März, 244,5 Millionen Ende Februar und 147,2 Millionen Ende Januar. An Banknoten und Rentenbanknoten floßen 558,3 Millionen Mark neu in den Verkehr, gegen 499,8 Millionen Ende März und 563,1 Millionen Ende Februar. Die Umlaufsmittel an Noten und Münzen erreichten Ultimo April/Mai die Höhe von 4500 Millionen Mark. Die Rückflüsse von Geld zeigten sich bereits in den ersten Tagen des laufenden Monats, so daß bald mit normalen Geldverhältnissen zu rechnen sein wird. Die momentan herrschende Verknappung am Geldmarkt der Börse dürfte damit ebenfalls behoben sein.

Der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie scheint sich im allgemeinen weiter günstig zu entwickeln. Die schwere Krise im Kohlenbergbau hält an. Am 5. Mai ist nach monatelangen Verhandlungen das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat von sämtlichen Zechen unterzeichnet worden. Die Zukunft wird zeigen, ob eine derartige Zusammenfassung sämtlicher Ruhrzechen auf die Kohlenindustrie von Einfluß ist. Die Syndikatsbildung der Eisenindustrie macht weitere Fortschritte. Für A-Produkte wurde der außer Kurs gesetzte Stahlwerksverband als Syndikatsgrundlage wieder in Aussicht genommen. Die Eisenindustrie läßt einen befriedigenden Geschäftsbetrieb erwarten, worauf die starken Erzverfälschungen und die Erhöhung der Schrottpreise hindeuten. Die straffe Syndikatsbildung wird das übrige dazu beitragen, die Eisenpreise für den Inlandsmarkt hochzuhalten. Eine gute Beschäftigungslage weist die Kaliindustrie, die Elektrizitätsindustrie, die Aluminiumindustrie, die Stickstoffindustrie, die Automobil- und Fahrzeugindustrie und die Papierfabrikation auf. Die übrigen Industrien zeigten einen mehr oder weniger schwankenden Beschäftigungsgrad. Die Arbeitslosen ziffern weisen in den letzten Monaten folgende Entwicklung auf:

Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen betrug	
am 15. Januar.....	583 136
„ 15. Februar.....	576 246
„ 15. März.....	514 911
„ 15. April.....	594 000

Die Besserung der Wirtschaftslage, wie sie bei einzelnen Industriezweigen zu verzeichnen ist, ist zu einem nicht geringen Teil auf die Stärkung des Innenmarktes zurückzuführen. Wohl nahm der Export namentlich in Fertigfabrikaten im letzten Berichtsmontat, März, etwas zu, doch ist die Handelsbilanz noch immer mit 328 Millionen Mark passiv. Immerhin hat sie sich seit Januar um 44% verbessert. Vermag sich die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes weiter zu steigern, dann dürfte sich die Wirtschaftslage im Mai nach allen Seiten günstig entwickeln. Deshalb kommt den Lohnbewegungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine höhere Bedeutung zu. Denn nur eine gute Entlohnung befähigt die große Masse, Konsumartikel aller Art zu kaufen. Dies sollten auch die Unternehmer einsehen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Kassengeschäftliches.

Quittung der Hauptkasse über Eingänge im April.

Machen 116 M., Alen i. W. 230, Alen i. Weiff. 24,05, Ahrensböck 254,55, Alen 123,95, Alfeld 112,85, Alfeldt 410,85, Altenmarkt 106,60, Altenburg 500, Altenfittenbach 420,80, Alt-Landsberg 43,45, Altdörfing 70, Amberg 100, Andernach 74,80, Angerburg 80, Angermünde 100, Anklam 50, Annaburg 155,25, Annweiler 11,45, Apolda 136,15, Arnswalde 255,05, Arien 28,05, Aßchersleben 147,36, Aue 440, Auerbach 150, Augsburg 777,05, Aurich 107,60, Bad Doberan 100, Bad Harzburg 347,25, Bad Kissingen 244,88, Bad Lausitz 229,95, Bad Dönnhausen 393,50, Bad Döberitz 236,10, Bad Reichenhall 143,90, Bad Schönfließ 40, Bad Tölz 210,30, Bad Wildungen 57,60, Bahn 148,50, Bamberg 200, Barbis 235,55, Barmen-Elberfeld 208,58, Barnstorf 90,70, Bartenstein 115, Barth 109,20, Barwalde 22, Basel-Osten 47,90, Bayreuth 800, Bayreuth 425,65, Bedum 51,75, Beeskow 69,20, Belgern 193,75, Belgig 112,70, Berchtesgaden 130, Bergen b. Celle 46,70, Berlin 10351,20, Berlinchen 169,80, Bernau 617,20, Berne 136,25, Bernsdorf 16,50, Bernsee 88,50, Bernstadt 127,10, Beuthen 45,65, Biberach 101,15, Bielefeld 1003,75, Bielefeld 114,60, Birkenwerder 264,50, Bismarck 156,26, Bitterfeld 671,45, Blankenburg a. S. 143,10, Bodum 506,40, Boizenburg 864,35, Bollenhain 173,05, Bonn 325,20, Borna 446,80, Brate 120,45, Bramsche

114,80, Brandenburg 867,15, Braunsberg 23,85, Bremen 1951,68, Bremerbörde 160,90, Breslau 3749,25, Briesg 220,65, Briesen 116,95, Brunsbüttel 106,80, Büdaburg 151,95, Buchow 109,60, Bunzlau 615,65, Buer 80, Buraun-Rauscha 76,25, Burg i. Dithm. 84,25, Burg a. Fehm. 18,70, Bürgel 33,70, Burgstädt 650,75, Büttow 48, Büttow 47,50, Buxtehude 186,05, Camburg 139,45, Cammer 146,45, Canth 108,45, Cassel 1500, Celle 273,30, Chemnitz 4821,14, Coblenz 825,35, Coburg 493,20, Colditz 91,70, Cozwig 158,40, Cöthen 371,22, Cottbus 130, Crailsheim 90, Crefeld 389,30, Kreuzburg 238,75, Crimmitschau 494,20, Croffen 400, Cüstrin 502, Cuxhaven 586,10, Daber 69,10, Dahlen 145,85, Dahlemburg 30,10, Dahme 32,80, Dammenberg 24, Darqun 72,30, Darlehmen 27, Darmstadt 400, Deddenbach 2,10, Deggenhof 190,90, Delitzsch 180,50, Delmenhorst 1378,80, Demmin 329,05, Dessau 758,20, Detmold 92,40, Deutsch-Ohlau 147,60, Deutsch-Krone 90,80, Deutsch-Lissa 875,35, Dinkelsbühl 71,80, Döbeln 460, Dölich 149,10, Dömitz 50,70, Domschau 100, Dortmund 2090,25, Dramburg 58,25, Dresden 15 000, Driefen 300, Drossen 48, Quisburg 2500, Düsseldorf 1150,60, Ebstorf 18, Egeln 137,30, Eggenfelden 95,90, Eibenstock 40,40, Eichstädt 33,25, Eisenburg 200, Eisenach 791,80, Eisenberg 221,50, Eisenlehen 438,55, Elbing 327,15, Elmshorn 242, Ebershausen 203,50, Emden 326,85, Erding 175,35, Erfurt 269,08, Erxler 363,30, Essen 1486,45, Eschfuhnen 30, Esstrup 80,95, Falkenberg i. Schl. 40,20, Falkenburg i. P. 53,90, Falkenstein 200, Fallersleben 102, Felsberg i. M. 45, Ferndorf 30, Feftenberg 45, Fiddichow 20,20, Flensburg 218,80, Forchheim 174,70, Forst i. d. L. 260,81, Förste 597,75, Frankenberg 628,95, Frankenhäuser 214,40, Frankenfein 32,10, Frankfurt a. M. 3539,44, Frankfurt a. d. O. 615,50, Frankfurt 111,35, Freiberg i. S. 1000, Freiberg i. W. 540,47, Freiburg i. Schl. 266,05, Freienwalde a. d. O. 80, Freifing 94,50, Freudenstadt 193,85, Freystadt 34, Frieda 138,88, Friedeberg a. Neus 132,70, Friedeberg i. d. Nm. 87,45, Friedland i. M. 246,50, Friedland i. Ostpr. 40, Friedrichshafen 80,50, Fürstberg i. M. 113,60, Fürstenaue 331,41, Füßen 31,50, Gadebusch 133,20, Gandersheim 97,20, Gardelegen 107,55, Garz a. R. 61,75, Gelsenkirchen 526,90, Genthin 139,70, Gera 800, Geringwalde 120, Gerstwalde i. d. N.-M. 82,30, Gerstwalde i. Ostpr. 23,70, Gielow 48,75, Gießen 74, Gifhorn 162,30, Gilgenburg 10,15, Gillersheim 43,30, Glauchau 30, Glauchau 300, Glogau 384, Gnoien — 20, Goldap 50, Goldberg i. M. 74,75, Goldberg i. Schl. 253, Gollnow 188,55, Göttingen 835,30, Görlich 540,30, Gotha 145, Göttingen 290, Grabow 105,65, Gräfenhainichen 44,25, Gräfenhainichen 203,15, Gramzow 300,35, Greifenberg 42,60, Greifenhagen 70, Greifswald 43,70, Greiz 320,20, Grevesmühlen 100, Grimma 218,60, Grimmen 135,20, Großsch.-Regau 200, Gronau in Hannover 167,05, Gronau i. Weiff. 24,20, Großbodingen 102,70, Gr.-Weitenbach 119,65, Großenhain 378,95, Groß-Neudorf 162,85, Gr.-Vartenberg 39,68, Gr.-Wodern 65,95, Gr.-Zimmern 861,65, Grünberg i. Schl. 350, Guben 277, Gumbinnen 120, Gundersweiler 46,55, Güstrow 140, Güterloh 202,95, Gabelschwert 106,55, Hagau 409,30, Hainichen 267,35, Halberstadt 239, Hall (Schwab.) 37,45, Halle 1300, Hamburg 12,85, Hameln 400, Hamm 419,85, Hammerstein 39,90, Hanfensbüttel 66,50, Hannover 2693,51, Hana.-Münden 90, Harpstedt 60, Harfeld 88,50, Hattungen 250, Hagau 115,50, Heide 90, Heidenheim 241,25, Heilbronn 211,70, Heiligenbeil 59,90, Heidenburg 171,55, Helgoland 129, Helmbrechts 119,90, Helmstedt 179,35, Herfurt 358,45, Hermannsburg 88,45, Herne 302,45, Hildesheim 429, Hof 200,10, Hohenmölsen 360, Holzhausen 415,20, Holzkirchen 47,35, Holzwinden 147,25, Hönningen 112,33, Hufum 177,45, Harnen 101,25, Jauer 122,40, Jbstein 137,80, Jena 465, Jeknis 210,95, Jlmenaue 100, Jmmersfeldt 65,15, Jngolstadt 245,10, Jnsterburg 177,45, Joachimsthal 35, Johannsburg 6, Jorksdorf 22,50, Jzerlohu 209,80, Jzchoe 317,80, Jüterbog 400, Kahla 380, Kallberge 311,70, Kamenz 1085,70, Karlruhe 750, Kattowitz 120,80, Kehl 161,55, Kellbra 84, Kellheim 62, Kellinghusen 53,70, Kempen 206,10, Kegin 115,60, Kiel 3884,20, Kirchhain 2,90, Kirchheim u. Teck 65, Kirzungen 119,30, Klingenthal 104,80, Klöße 58,75, Klütz 161,85, Köben 13,20, Kolberg 200,25, Köln 1310,78, Kolzig 40,40, Königsberg in der Neumark 190,80, Königshütte 32,70, Königslutter 101,35, Königs-Wusterhausen 259,85, Konstadt 145,60, Köslin 369,40, Krafow 71,20, Krappitz 80, Kreuzburg i. Schl. 19,10, Kronach 12,98, Krüppeln 109,85, Krummbach 302,55, Kraage 111, Lachendorf 266,10, Lahn 99,90, Lahr 100, Lamspringe 102,55, Landau 332,20, Landeck 55, Landsberg am Lech 49, Landsberg a. d. W. 253,70, Landsbut 257,60, Langelsheim 160,10, Langenöls 441,65, Langensalza 92,65, Lauban 265,55, Lauenburg a. d. E. 83,75, Lauenburg in Pommern 263,30, Lauf 72,90, Laufen 175,50, Launingen 30, Lauterbach 10,40, Led 19,70, Leer 201,50, Lehesten 130,40, Lehnin 300, Leipzig 8444, Leisnig 106,65, Leitzkau 83,65, Lemgo 25, Lengenfeld 247,50, Lemgerich 17,50, Lensahn 133,95, Leubsdorf 9,80, Lichtensfeld 170,75, Liebenburg 156,65, Liebenwerda 77,60, Liegnitz 246,20, Lindau 200,60, Lindenberg 5, Lippehne 194,82, Löbau 257,80, Lobenstein 60, Löbnitz 173,80, Loitz 147,30, Lollar 201,70, Lörzsch 608,40, Löben 128, Löwen 33,30, Löwenberg 180,15, Lübeck 68,80, Lübben-Steinkirchen 185,80, Lübbenau 24,15, Lübeck 500, Lüben 207,25, Lüthchen 128, Lübz i. M. 115,75, Luda 75,85, Ludau 31,35, Ludenwalde 600, Lüdenscheid 28, Lubditzluft 88,45, Lüneburg 224,05, Lützenburg 151,35, Lüben 266,10, Magdeburg 2645, Mainz 18,75, Mainz 2050,80, Malchin 79,15, Malchow 140,75, Margutten 54,50, Mannheim 2000, Marburg 59,40, Marggrabowa 22,70, Marienburg 309, Marienfließ 28,45, Marienwalde 99,90, Marienwerder 163,65, Marklissa 81,75, Marlow 33,20, Marne 52,70, Meerane 450, Meiningen 188,60, Merseburg 700, Meuselbach 47, Meyenburg 7,80, Miesbach 342, Miltitz 324,05, Minden 534,35, Mitow 70, Mittenwalde 68,85, Mittweida 395, Mührungen 40, Mülln 253, Moosburg 156,45, Mügeln 70, Mühlb. 274,65, Mühlhausen 447,20, Müllrose 114,25, Müncheberg 45,40, München 3761,54, München-Grabbach 138,15, Münster i. W. 193,45, Murnau 29,60, Mustau 280, Nagold 67,80, Namslau 50, Nandlstadt 24,20, Nauen 379,50, Naugard 200, Nebra 97,30, Neheim 30,75, Nerdau-Treben 102,50, Neubrandenburg 94,80, Neubukow 81,85, Neudamm 347,45, Neuhaldens-

leben 260, Neuhaus 67,65, Neufalen 45,40, Neumarkt 247,45, Neumünster 554,80, Neunruppin 340,30, Neufalz 319,30, Neuß 126,55, Neustadt i. Holst. 96,45, Neustadt in Mecklenburg 5,85, Neustadt a. d. Orla 242,50, Neustädte 41,40, Neustettin 108,65, Neutvedell 103,20, Neuwied 53,65, Neuzelle 100, Niemeß 42,60, Nienburg a. d. E. 100, Nienburg a. d. W. 257,95, Niesky 500, Nikolaisen 3,90, Nimpfisch 216,30, Norden 138,30, Nordenham 370, Norderney 591,30, Nordhausen 293,40, Nordhorn 44,80, Nordlingen 70,75, Northeim 85,60, Nossen 86,80, Nürnberg 1637,90, Obermarzschacht 79,95, Ober-Niederneufirch 372, Obernitz 64,80, Oderberg 89,50, Oehringen 35,70, Oels 100,20, Oelsnitz 185, Offenburg 100, Ohlau 136,40, Oldenburg 920, Oppeln 248,95, Oranienbaum 52,60, Oranienburg 468,65, Ortelburg 78, Osch 152,25, Osabrück 177,50, Osterburg 33,55, Osterode 83,40, Osterwieck 135,90, Otterndorf 75,70, Paderborn 25, Palmniden 41,20, Parchim 259,85, Parchwitz 136,35, Partenfirchen 18,40, Pawelau 25,70, Paffau 1088, Reine 50, Peifferwitz 267,85, Peiß 60,30, Penig 244,15, Penzlin 208,38, Perleberg 178,20, Pfaffenhofen 54,50, Pforzheim 178,50, Piffallen 91,20, Pinnow 7, Platbe 186,30, Plauen 1300, Polzin 124,54, Pöbner 578, Prenzlau 380,55, Pr.-Friedland 62,65, Prien 46,75, Pritzwalk 185,60, Pritz 340, Querfurt 171,15, Radolfzell 120, Radten 126,88, Rastenburg 116, Rakebuhr 22, Raubten 23,20, Ravensburg 183,40, Reck 55,40, Regensburg 300, Regenthin 53,45, Regenwalde 63,35, Regis 96,05, Rehnau 219,46, Rehhof 7,80, Rehna 10,41, Reichenbach i. Schl. 201, Reichenbach i. W. 409,75, Reichenbach 65,45, Reichenstein 51,35, Reimscheid 172, Reudersburg 250, Reppen 68,40, Rheine 37,40, Ribnitz 340, Richtenberg 61,25, Riesenburg 37,35, Rimbach 319,80, Röbel 148, Roda 384,85, Röhrda 153,87, Ronneburg 84,70, Rosenberg i. Weiff. 88,10, Rosenhain 282,30, Rößel 41,32, Roslau 90, Roswein 148,55, Rostock 304,05, Rotenburg a. d. F. 20, Rotenburg in Hannover 60,20, Roth b. Wg. 77,45, Roth (Krs. Marburg) 7,70, Röttha 97,10, Rothemühl 28, Rothenburg o. d. T. 33,85, Rudolstadt 369,45, Rügenwalde 75,20, Saalfeld an der Saale 256,72, Sachwitz 132, Salzaufen 126, Salzaufen 123,05, Salungen 120, Salzweil 78, Sand 222,55, Seebau i. d. N.-M. 136,40, Seelow 30, Seefen 61,40, Seidenberg 202,60, Semd 77,05, Senburg 90, Senba 72, Siegen 52,60, Singen 278,85, Sizenroda 122,65, Sohland 198,85, Soldin 192,80, Solingen 108, Soltau 132,10, Sommerfeld 177,70, Sonneberg 70, Sorau 359, Speyer 258,10, Spremberg 269,80, Springe 151,50, Sprottau 198,35, Suhl 40, Sulingen 42,15, Sülze 52,15, Sünemünde 200, Schippenbeil 49,50, Schtenditz 544,80, Schleiz 220,30, Schleswig 88,80, Schleusingen 60, Schlochau 42,90, Schmölln 150, Schneidemühl 159,25, Schneverdingen 49,25, Schönau 150, Schönberg 126,15, Schöngau 54,50, Schönheide 93,85, Schöningen 132,15, Schönlanke 54, Schoppeheim 101,60, Schwaan 77,95, Schwabach 50, Schwarzenbach 130,95, Schwedt 103,60, Schweinfurt 389,65, Schwiebus 293,70, Stade 214,05, Stadthagen 239,25, Stadthagen 199,65, Stallupönen 6,30, Starnberg 124,10, Staßfurt 145,12, Stabenhagen 75, Steinach 44,25, Steinau 34,80, Steinbergen 85,91, Stendal 176,15, Stepenitz 19,25, Sternberg i. W. 207,75, Sternberg (Bez. Fr. a. d. O.) 32,40, Stodach 30,60, Stollberg 315, Stolzenau 56,75, Storfow 62,25, Stralsund 122,67, Strasburg 75,10, Straubing 250, Strehlen 66,10, Striegau 188,75, Stühm 38,17, Stuttgart 1200, Tambach 347, Tangerhütte 71,75, Tangermünde 283,10, Tann 121,95, Templin 180,50, Teßin 58,45, Teterow 153,33, Tiefenort 443,40, Tilsit 190,15, Timmenrode 80,85, Torgau 44,95, Tostedt 90, Trachenberg 143, Traunstein 127,35, Trebbin 150, Trebnitz 252,70, Treptow an der Rega 57,50, Treptow a. d. Tollense 82,50, Triebsee 50, Triebel 167, Trier 257,23, Trittau 25, Tribsdorf 143,75, Tübingen 400, Uelzen 280, Uetersen 362,70, Ulm 579,70, Uarel 299,35, Uelbert 74,95, Uelzen 76,47, Uelzen 290,20, Verden 212,30, Viersen 14,40, Vinzelberg 22,90, Visselhövede 92,30, Waldenburg i. S. 167,45, Waldenburg in Schlesien 600, Waldheim 265,60, Waldendorf 13,75, Walsrode 299,05, Wangen 43,45, Wanne 36, Waren 95,60, Warin 96,65, Warnemünde 97,55, Wasserburg 66,70, Weferlingen 54,55, Wegeleben 65,90, Wehlau 83,30, Weida 2,85, Weilburg 66,40, Weilheim 49,35, Weimar 634,40, Weisenburg 117,43, Weiskopf 530, Weiskopf 437,90, Wendisch-Friborn 66,65, Werda 200, Werder 235,45, Werneuchen 199, Wefermünde 1631,40, Wierach 53,60, Wiesbaden 2100, Wildeshausen 136,30, Wilhelmshafen 772,75, Wilster 133,05, Winfen a. d. Aller 146,10, Winzig 14,15, Wismar 311,35, Witten 190, Wittenberg (Bez. Halle) 100, Wittenberge 462, Wittenburg 135,75, Wittingen 39,90, Wittfeld 55, Wolbeß 129, Woldeberg 79,15, Wolfenhausen 36,70, Wollin 80, Worms 280, Wriezen 102,15, Würzburg 884,15, Würzen 839,90, Wusterhausen 113, Bäder 91, Xarentin 76,10, Xebdenitz 370,60, Xeiß 362,30, Xellin 75, Xerbst 260, Xeußenroda 293,35, Xiegenhals 37,50, Xiegenrück 45,40, Xittau 1934,68, Xoffen 530,05, Xüllschau 135, Xwenkau 215,70, Xwidau 766,75, Xwönitz 140, Xingelachler der Hauptkasse 38,70, Xnterstützungskasse 1154,90, Xnferate von Xribaten 3,80, Xiteratur 51,40, Xinsenkonto 724,49, Xiverjes 98,65.

In der Zeit vom 1. bis 30. April gingen folgende Belege ein: **Mittag 25 M.**, Anklam 50, Augsburg 60, Bad Kissingen 18,68, Bergen a. Rügen 35, Berlin 3269,65, Bernsdorf 45, Bochum 20, Bonn 109,20, Bremen 702,73, Breslau 1342,30, Briesg 93,75, Chemnitz 1199,61, Cuxhaven 50, Danzig 387,84, Darmund 278,60, Dresden 4756,15, Duisburg 344,17, Eberswalde 75, Ederförde 36,50, Elsterberg 65, Erfurt 750, Essen 331,05, Falkenberg 30, Flatow 37,30, Forst i. d. L. 45, Frankfurt am Main 2397,80, Friedeberg i. d. Nm. 41,25, Gleiwitz 351,32, Gräfenhainichen 98, Halle 356,10, Hamburg 1009,60, Hannover 1501,70, Kamenz 360,25, Kellheim 320, Kiel 343,60, Kirchhain 177, Köln 973,30, Königsberg in Preußen 1802,92, Köslin 65, Landsberg a. d. W. 105, Leipzig 3112,19, Lengenfeld 26,25, Lübeck 672,80, Lüneburg 45, Magdeburg 1019,20, Mannheim 1550, Merseburg 69, Meuselwitz 30, München 1417,76, Münster 32,50, Neudamm 55, Niesky 33,75, Nürnberg 1306,20, Oppeln 30, Paffau 130, Peiß 30, Pinnerberg 67,50, Potsdam 129,70, Pr.-Ohlau 26,25, Röbel 35, Saarbrücken 902,80, Sachwitz 48,75, Sagan 75,20, Senftenberg 541,05, Xentz-

Iengsfeld 11,50, Schleswig 80, Schönbeck 30, Schöningen 50,70, Schwabach 50, Schweidnitz 15, Schwerin 300, Stettin 1136,60, Straßund 19,20, Stüttagart 180, Teterow 9, Ueterfen 52,50, Waldenburg i. Schl. 580,10, Werdau 155, Wernigerode 26,25, Wesermünde 360,75, Wittenberge 35, Würzburg 105, Wurzen 50, Zeitz 201,10, Zittau 295,27, Zwidau 60.

An Reiseunterstützungsquittungen gingen im 1. Quartal ein: Ahrensböck 2 M, Anklam 3, Ansbach 3, Augsburg 3, Bad Doberan 4, Bad Oldesloe 2, Barmen-Eberfeld 12, Barth 3, Baugen 1, Berlin 57, Bielefeld 17, Bitterfeld 3, Bochum 8, Bonn 9, Brandenburg 1, Braunschweig 9, Bremen 59, Bremerbörde 3, Breslau 4, Brunsbüttel 1, Bunzlau 1, Celle 6, Chemnitz 6, Coblenz 7, Coswig 2, Cuxhaven 3, Delmenhorst 3, Dessau 4, Dortmund 40, Dresden 3, Duisburg 38, Düsseldorf 39, Eberswalde 2, Efernförde 10, Eilenburg 1, Eifenach 1, Eisenberg 1, Emden 2, Erfurt 7, Essen 20, Eutin 3, Flensburg 3, Frankenstein 1, Frankfurt a. M. 29, Freiburg i. B. 7, Gera 1, Gießen 6, Glätz 2, Göttingen 2, Görlitz 1, Gotha 1, Grabow 1, Greifswald 3, Grevesmühlen 3, Guben 1, Güstrow 2, Hagen 8, Halberstadt 1, Halle 2, Hamburg 236, Hamm 11, Hannover 99, Heide 2, Heilbronn 2, Herford 4, Herne 1, Hof 5, Hufum 3, Jena 2, Jümenau 2, Jngolstadt 2, Jserlohn 2, Jzeho 5, Karlsruhe 8, Kellinghusen 1, Kiel 22, Köln 48, Langensalza 1, Lauenburg a. d. E. 2, Leipzig 7, Löbau 1, Lössach 4, Lübeck 12, Lützenwalde 4, Lüdenscheid 1, Ludwigslust 1, Lüneburg 18, Magdeburg 12, Mainz 2, Mannheim 30, Merseburg 1, Minden 5, Mülln 1, Mühlfhausen 1, München 11, Münster 11, Naun 1, Naumburg 1, Neubrandenburg 3, Neumünster 12, Neustettin 1, Nienburg a. d. W. 3, Nürnberg 6, Osnabrück 1, Paderborn 1, Pasewalk 3, Passau 1, Peine 3, Penzlin 2, Perleberg 1, Pforzheim 2, Plauen 3, Potsdam 4, Prenzlau 1, Querfurt 1, Rathenow 1, Radeburg 1, Regensburg 1, Remscheid 2, Rendsburg 11, Roslau 3, Rostock 7, Saarbrücken 4, Salzwedel 3, Segeberg 1, Soltau 4, Speyer 5, Spremberg 1, Schleswig 8, Schönberg 1, Schwaan 3, Schwedt 3, Stade 3, Staffurt 1, Stendal 4, Stettin 4, Stollberg 1, Straßund 4, Stüttagart 17, Trebbin 2, Trier 8, Ulm 3, Uelzen 12, Ueterfen 1, Welbert 1, Werdau 8, Walsrode 4, Waren 2, Weimar 2, Weiskensfeld 1, Werdau 1, Wesermünde 4, Wehlar 2, Wiesbaden 2, Wilsdorf 4, Wismar 3, Witten 1, Wittenberge 3, Worms 1, Würzburg 1, Zerbst 1, Zwidau 2.

Vorschüsse zum Zwecke der Streikunterstützung wurden in der Zeit vom 1. bis 30. April versandt an folgende Zahlstellen: Ahrensböck 350 M, Ahrensburg 500, Anklam 350, Bad Bramstedt 100, Barth 700, Belgard 80, Bredstedt 50, Burg a. Fehm. 300, Cuxhaven 750, Daber 90, Degow 100, Demmin 500, Dölk 600, Eisenberg 600, Elmshorn 1000, Flensburg 3500, Garz a. R. 250, Garz a. d. O. 100, Gera 1800, Glückstadt 450, Gnoien 600, Gollnow 750, Greifenhagen 50, Greifswald 450, Greiz 1500, Grimmen 50, Hamburg 96 000, Hirschberg i. Schl. 2000, Hufum 300, Jarmen 200, Jzeho 750, Kellinghusen 200, Kiel 6000, Kolberg 600, Köslin 4300, Raha 100, Lauenburg i. P. 800, Lehesten 250, Lenjah 100, Lökmitz 650, Loitz 650, Lübeck 11 000, Lübz i. M. 200, Lychn 75, Marne 400, Melldorf 100, Mülln 400, Naugard 450, Neize 3000, Neumünster 1100, Neustadt i. Holst. 150, Neustettin 700, Obermarchacht 100, Perleberg 750, Pinneberg 600, Plön 100, Polzin 400, Pyritz 550, Radeburg 120, Rendsburg 750, Richtenberg 200, Riesa 300, Rügenwalde 100, Seefen 100, Segeberg 500, Schladen 300, Schleswig 600, Schmiedeberg 200, Schwarzenbel 200, Stade 600, Stargard in Pommern 600, Stettin 6000, Stolp 1100, Straßund 2400, Tiefenort 100, Trebnitz 1500, Tribsees 250, Zittau 200, Ueterfen 500, Warin 90, Wefersleben 300, Wernigerode 2400, Wesselburen 50, Wilsdorf 250, Wobkau 600, Wolgast 150.

Die Veröffentlichung der im 1. Quartal eingegangenen Streikbelege erfolgt im nächsten „Zimmerer“, weil aus noch ein Teil der Schlussberichte fehlt.

Die nachfolgenden Zahlstellen haben für das 1. Quartal eine Abrechnung nicht eingesandt. Von den mit einem Stern (*) gezeichneten Zahlstellen liegt der Kassenabschluss vor, sie haben aber unterlassen, Angaben über den Mitgliederstand am Schlusse des 1. Quartals und über die Mitgliederbewegung im 1. Quartal zu machen.

Gau Ost- und Westpreußen: Bischofsburg, Christburg, Cübikunnen, Saalfeld.

Gau Schlesien: Carolath, Cosel, Falkenberg, Freystadt, Herrnsdorf, Langenbielau, Patschau, Ratibor, Rosenburg, Schönau, Winzig.

Gau Pommern: Freienwalde, Neustettin, Schwelbein, Stettin, Stolp.

Gau Brandenburg: Brück, Gramzow, Kremmen, Kyritz, Liebenwalde, Lindow, * Lübben-Steinkirchen, Neuzelle, Rheinsberg.

Gau Provinz Sachsen und Anhalt: Braunlage, Croppenstein, Derenburg, Hettstedt, Lützen, Neuhalbesleben, Nordgermersleben, Oranienbaum, Oschersleben, Seehausen, Wittenberg, Zahna, Ziesar.

Gau Freistaat Sachsen und Regierungsbezirk Merseburg: Annaberg-Buchholz, Bitterfeld, Oßershausen, Plauen, Rochlitz.

Gau Schleswig-Holstein und Oldenburg: Bielefeld, Jever, Quakenbrück.

Gau Hannover: Ebstorf, Einbeck, Goslar, Groß-Bütten, * Hermannsburg, Munster, * Stadthagen, Uetze.

Gau Thüringen: Bad Sachsa, Bleicherode, Großschloß, Gumburg, Gräfenberg, Gelnhausen, Jümenau, Königsee, Kranichfeld, Meuselbach, Salungen, Sondershausen, Stützerbach, Wacha, Waltershausen, Zella-Mehlis.

Gau Nordbavarn: Gungenhausen, Marktredwitz, Selb, Schwandorf.

Gau Südbavarn: Burgau, Dießen, Kaufbeuren.

Gau Hessen, Hessen-Nassau: Aischaffenburg, Bensheim-Auerbach, Fulda, Gießen, Hattenbach, Hersfeld, * Mainz, Schenkensfeld, Wetter, Wehlar, Worms.

Gau Württemberg: Calw, Ebingen, Eßlingen, Geislingen, Gmünd, Kirchheim, Neulingen, Nottwil, Sigmaringen, Tuttlingen, Ueberlingen, Wildbad.

Gau Rheinland-Westfalen: Gummersbach, Gau Baden: Saarbrücken, Waldshut.

Adolf Römer, Kassierer.

Erkenntmachungen der Gauvorstände.

Agitationsberichte.

In der Zeit vom 15. bis 25. April habe ich in folgenden Zahlstellen der Provinz Brandenburg Versammlungen abgehalten: Rathenow, Brandenburg, Potsdam, Lützenwalde, Guben, Croßen, Frankfurt, Cütrin, Schneidemühl, Landsberg, Eberswalde und Wittenberge. Die Versammlungen waren der Auftakt zur Agitation, zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Festigung des alten Bestandes. Die Tagesordnung lautete in allen Versammlungen: „Unser Zentralverband im Kampfe für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Zimmerer Deutschlands“. Alle Versammlungen haben gleichzeitig zu den schwebenden Tarifverhandlungen in der Provinz Brandenburg Stellung genommen, sich zum Teil auch mit der Waisfeier beschäftigt. Rückblickend auf das Jahr 1923 habe ich den Kameraden Ursache und Wirkung der Inflation dargelegt, vor allem die Wirkungen auf die Finanzen des Verbandes und auf seinen Mitgliederbestand, um hierauf die Anschläge der Unternehmer auf den Achtstundentag und die vornehmlich aus diesem Grunde im Verlauf des Jahres 1924 geführten Kämpfe zu behandeln. Dabei habe ich besonders den großen Opfermut und die Geschlossenheit der kämpfenden Kameraden hervorgehoben und gezeigt, wie jetzt alle Kräfte am Auf- und Ausbau des Verbandes arbeiten müßten, und wie dieser Aufbau schon sichtbar vor sich geht und es Pflicht aller Kameraden sei, nicht nur neue Mitglieder zu werben, sondern auch für die innere Festigkeit des Verbandes zu wirken, wobei ich noch ganz besonders die Notwendigkeit dargetan habe, den Lehrlingen das größte Interesse entgegenzubringen.

Die Versammlungen waren alle gut besucht, obwohl sie in eine Zeit fielen, wo die Reichspräsidentenwahl alle Gemüter beherrschte. Erfreulicherweise wird dem Lehrlingswesen ein sehr starkes Interesse entgegengebracht; es nahmen auch Lehrlinge an den Versammlungen teil. In mehreren Zahlstellen wurde beschlossen, besondere Erhebungen über die Zahl der Lehrlinge und über ihre Entlohnung zu veranstalten. In allen Versammlungen kam der einheitliche Wille zum Ausdruck, mit aller Kraft am Ausbau unseres Verbandes zu helfen, um den Erfolg möglichst zu steigern. S e i n r. E t e.

Nachdem in den letzten Jahren infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, infolge des Währungsverfalles und seiner Auswirkungen auf die Gewerkschaften es fast unmöglich war, daß Mitglieder der Zentralleitung des Verbandes Versammlungen im Lande übernehmen konnten, ist es nunmehr nach eingetretener finanzieller Festigung des Verbandes wieder möglich geworden, solchen Wünschen Rechnung zu tragen. Einem solchen Verlangen entsprechend, hat der Unterzeichnete in der Zeit vom 16. bis 28. April eine Reihe Versammlungen abgehalten, und zwar in Zeitz, Gera, Altenburg, Greiz, Plauen, Zwidau, Glauchau, Chemnitz, Röhla, Halle, Bitterfeld und Leipzig. Als Thema war für alle Versammlungen vorgesehen: „Unser Zentralverband im Kampfe um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zimmerer Deutschlands“. An dem organisatorischen Entwicklungsgange unseres Verbandes und seiner zunehmenden Einflußnahme auf die Gestaltung der Lebensverhältnisse der deutschen Zimmerer wurden die Notwendigkeiten der Gegenwart in organisatorischer Hinsicht beleuchtet und gezeigt, mit welchen Widerständen und Schwierigkeiten unser Verband bei der Durchsetzung seiner Absichten zu rechnen hat. Daß besonders die gewerkschaftliche Erfolgsarbeit von einer Reihe von Umständen mit abhängig ist und die realen Machtverhältnisse im wirtschaftlichen Kampfe eine ausschlaggebende Rolle spielen, wurde in den Vordergrund der Ausführungen gestellt. Der Verlauf der Versammlungen hat bewiesen, daß unsere Kameraden erkannt haben, was die Zeit erfordert. Manche in den Versammlungen gemachten Wahrnehmungen bestätigten das in erfreulicher Weise. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß im allgemeinen Vertrauen zu unserm Verbands, seinen Einrichtungen und seiner taktischen Einstellung in den Reihen der Mitglieder vorhanden ist. Freilich wurden auch weniger erfreuliche Wahrnehmungen gemacht, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Sie sind eine Folge der in der Arbeiterschaft leider vorhandenen politischen Differenzierung. Daraus erklären sich auch die unterschiedlichen Auffassungen über das Wesen und Wirken der Gewerkschaften. Nach den gemachten Erfahrungen ist aber allerwärts ein Mürungsprozeß im Gange, und es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit das gewerkschaftliche Leben immer weniger von solchen unterschiedlichen Auffassungen beeinflusst wird. — Die Aussprache war in der Mehrzahl der Versammlungen eine durchaus sachliche. Alle Zahlstellenleitungen sollten bemüht sein, in dieser Hinsicht noch mehr erzieherischen Einfluß auf die Mitglieder auszuüben; denn nur in einheitlichem organisatorischem Wirken können die Verbandsaufgaben voll und ganz erfüllt werden; keinesfalls dürfen innere Gegenätze, die vorhanden sind, verschärft werden. — Der Besuch war im allgemeinen, soweit mittlere Zahlstellen in Frage kamen, befriedigend, weniger befriedigend war er in den Großstädten Chemnitz, Leipzig und Halle, trotzdem von den Zahlstellenleitungen in jeder Hinsicht für die Bekanntgabe der Versammlungen gesorgt war. Der Reichspräsidentenwahlkampf dürfte mit von Einfluß auf den Versammlungsbesuch gewesen sein. In Aue, wo auch eine Versammlung vorgesehen war, mußte sie ausfallen, weil trotz rechtzeitiger und ausreichender Einladung nur wenige Mitglieder erschienen waren. — Soweit in das innere Leben der Zahlstellen Einsicht genommen werden konnte, sind noch manche Verbesserungen

möglich. Vor allem, was das Unterkassiererwesen anbelangt, ist bei vielen unserer jungen Kameraden noch nicht jene Bereitwilligkeit vorhanden, die notwendig wäre. Noch immer sind es vielfach die älteren Kameraden, die sich der Aufgabe der Beitragskassierung unterziehen. Auch sind noch immer Fälle zu verzeichnen, wo sowohl Vorsitzende wie Kassierer als Unterkassierer fungieren, trotzdem genügend jüngere Kameraden am Orte sind, die imstande wären, Unterkassiererposten zu übernehmen. Es ist erklärlich, daß eine solche Häufung von Arbeit auf Vorstandsmitglieder, wie sie angedeutet wurde, auf die Dauer keineswegs ersprießlich sein kann; denn die Führung der Vorsitzenden- und Kassiergeschäfte in den einzelnen Zahlstellen erfordert die ganze Kraft der damit Beauftragten. Unsere Bewegung kann an innerer Kraft nur gewinnen, wenn es gelingt, in den Zahlstellen genügend Kräfte in den Dienst zu stellen. — Das Bau- und Platzbelegierwesen — für unsern Verband eine nicht zu unterschätzende Einrichtung — findet in den meisten der besuchten Zahlstellen durch die Leitung die verdiente Würdigung, aber nicht allwärts funktioniert es befriedigend. Nicht überall kam es so scharf zum Ausdruck wie in Halle, wo ein Redner ausführte, daß da die Betriebsvertretungen versagten. Als Organe der Gewerkschaften seien sie verpflichtet, den Anweisungen der Organisation Folge zu leisten. — Als besonders erfreulich für unsere Organisationsbestrebungen ist zu verzeichnen, daß fast in allen Zahlstellen über Mitgliederzunahmen berichtet wurde. Nicht zuletzt wurde diese Tatsache auf die Wiedereinführung der Unterstützungseinrichtungen im Verbands zurückgeführt. Sie haben sich insofern als gutes Mittel erwiesen, unsere Organisationsbestrebungen zu fördern. — Soweit sich sonst noch Beobachtungen anstellen ließen, zeigte sich, daß die Zahlstellenleitungen alle Hände voll zu tun haben, wenn sie ihre Sache ernst nehmen. Sie haben mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen, denen verschiedene Ursachen zugrunde liegen. Meist war das erfreuliche Bestreben vorhanden, solcher Schwierigkeiten Herr zu werden. — Die in den Versammlungen zutage getretenen Anschauungen über bestimmte Fragen, seien es solche des Tarifabschlusses, der bezirklichen Lohnabkommen, Arbeitszeitfragen oder andere in das Verbandsleben tief eingreifende Fragen, berücksichtigten nicht immer die tatsächlichen Verhältnisse, denen die Gewerkschaften unterworfen sind und von denen ihr Wirken beeinflusst wird. Die realen Machtverhältnisse im wirtschaftlichen Kampf dürfen auch von unsern Mitgliedern nicht außer acht gelassen werden, wenn die Gesamtbewegung sich erfolgreich auch weiterhin auswirken soll. — Im allgemeinen haben die Versammlungen gezeigt, daß unser Verband auf dem besten Wege ist, seine volle Kraft wieder zu erringen. Er wird um so schneller an dieses Ziel gelangen, wenn volle Einigkeit über Verbandsbestrebungen, Verbandsziele und taktisches Handeln herrscht. Dazu kann jedes Mitglied durch regste Anteilnahme am Verbandsleben beitragen. Nur dadurch werden alle jene Widerstände überwunden, mit denen heute unsere Bewegung verschiedentlich noch zu kämpfen hat.

Hamburg, im Mai 1925 R. Fischer.

Im Auftrage des Zentralvorstandes habe ich in der Zeit vom 5. bis 15. März in den Zahlstellen Cottbus, Spremberg, Peitz, Sorau, Sagan, Görlitz, Baugen, Freiberg, Riesa und Bunzlau sowie im April in den Zahlstellen Delmenhorst, Oldenburg, Emden, Norden, Bremen, Nordenham und Wesermünde referiert. Tagesordnung war in allen Versammlungen: „Unser Zentralverband im Kampfe für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Zimmerer Deutschlands“. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen ein guter. Den Versammlungen im Gau G war bereits eine intensive Agitation durch die Gauleitung und die Zahlstellen vorausgegangen, die ihre Wirkung auf den Besuch der Versammlungen nicht verfehlt hatte. In Cottbus waren 60 % der Mitglieder anwesend, dort soll die Agitation noch schärfer einsehen. In Spremberg sind die verlorengegangenen Mitglieder meist in Fabriken und in der Landwirtschaft beschäftigt. Mit der Behebung der Bau-tätigkeit werden auch die bei uns entstandenen Lücken sofort ausgefüllt werden. Peitz war recht schlecht besucht, jedoch ist dort fast alles organisiert. Trotz strömenden Regens war in Sorau die Mehrheit der Mitglieder zur Stelle. Bei allen Kameraden besteht der ernste Wille zur Mitarbeit. Sagan war gut besucht, es wurde im Sinne des Referats diskutiert. Die Agitation ist bereits mit Erfolg durchgeführt. In Görlitz war die Versammlung mangelhaft besucht. Das an diesem Tage scharf einsehende Winterwetter hatte die ländlichen Kameraden abgehalten. Verluste an Mitgliedern hat die Zahlstelle nicht zu verzeichnen. Baugen und Freiberg mußten besser besucht sein, jedoch treten auch hier alle Kameraden für den Ausbau des Verbandes ein. Gut waren die Versammlungen in Riesa, Bunzlau, Delmenhorst und Oldenburg. In Emden und Norden war der Besuch schlecht, trotzdem gute Organisationsverhältnisse herrschen. Die Versammlungen fielen mit dem Tage der Wahl des Reichspräsidenten zusammen, und unsere Kameraden waren vielfach in der Wahlarbeit tätig. Bremen, Nordenham und Wesermünde wiesen gutbesuchte Versammlungen auf. Die Diskussion in diesen Versammlungen ergab den einheitlichen Willen zu gemeinsamer Verbandsarbeit.

Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß alle Versammlungen dazu beigetragen haben, die Einigkeit und Festigung unseres Verbandes zu fördern. Der Unwille und das Bestreben einzelner, in maßloser Kritik an Gewerkschaft und Führern Auseinandersetzungen herbeizuführen, ist verschwunden. Ueberall besteht die Erkenntnis, daß nur Geschlossenheit zum Ziele führen kann. Alle Kameraden sind sich einig, daß Feinde in den eigenen Reihen nicht geduldet werden, deren haben wir im Unternehmerrlager genügend.

Vereinigen wir also alle unsere Kräfte zu eifriger Propaganda und Aufklärung, getragen von der alten Treue zu den Gewerkschaften, so wird uns der jetzt angebahnte Aufstieg sehr bald die verlorengegangene Position wiederbringen und weitere Erfolge eintragen zum Nutzen aller Zimmerer Deutschlands. Joseph Meizer.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in **Aufklam, Bahn, Belgard, Daber, Degow, Döllitz, Dramburg, Falkenburg, Freienwalde i. P., Garz a. d. O., Garz a. N., Gollnow, Greifenberg, Greifswald, Grimmen, Jarmen, Kolberg, Körlin, Lanenburg i. P., Mangard, Neustettin, Pasewalk, Polzin, Pyritz, Regenwalde, Richtenberg, Rügenwalde, Sahnitz, Schlawa, Schivelbein, Stargard, Stepenitz, Stettin, Stolp, Tribsees, Treptow a. d. N., Treptow a. d. E., Uckermark, Wolgast.**

Gestreckt wird in **Aischerleben, Barth, Demmin, Köslin, Loitz, Lüdnitz, Radolfszell, Riesa (Lauchhammerwert), Straßund, Torgelow, Weferslingen.**

Gesperrt ist in **Ohlau** die Firma **Tuchscherer.**

Verhandlungen und Schiedssprüche in Rheinland und Westfalen. Das letzte Lohnabkommen, das im Januar 1925 getroffen wurde, hatte bis Ende April Gültigkeit. Bereits in der ersten Woche des April nahmen die Lohnkommissionen der baugewerblichen Arbeiterverbände zur Lohnfrage Stellung. Es waren 3 Fragen, die behandelt wurden und die sich zu Forderungen berichtigten. Sie betrafen die Aufteilung des bisherigen Verhandlungsgebietes in mehrere Gebiete, die Regelung der Arbeitszeit und die Lohnfrage. Rechtzeitig wurden den Unternehmern die Forderungen unterbreitet; aber erst am 2. Mai kam es zur ernstlichen Verhandlung, und zwar unter Leitung des Schlichters. Außer der Lohnfrage war die Arbeitszeitfrage heiß umstritten. Im März 1924 waren die Parteien dadurch über die Arbeitszeit hinweg gekommen, daß gesagt wurde, die Arbeitszeit bleibt, wie sie zur Zeit ist. Es war so vereinbart in der Annahme, daß an zentraler Stelle recht bald eine Regelung erfolgen werde. Das ist nun nicht geschehen, so daß es an Streitfällen nicht mangelte. Auf dem Wege der Verhandlung gelang es nicht, am 2. Mai zu einer Verständigung zu kommen. In einer vom Schlichter zusammenberufenen Schlichterkammer wurden die Streitfragen weiter behandelt und durch Schiedssprüche entschieden.

Das Tarifgebiet soll demnächst, spätestens binnen 6 Wochen, in 4 Lohngebiete zerlegt werden. Bezüglich der Arbeitszeit wurde entschieden: „Es soll nochmals versucht werden, diesen Streitpunkt zentral zu regeln. Gelingt das bis zum 15. Juli 1925 nicht oder zerfallen sich die Verhandlungen vorher endgültig, so wird sofort erneut zwischen den Parteien unmittelbar verhandelt. Bis dahin verbleibt es bei dem derzeitigen Zustand.“ Der Maurerlohn als Grundlohn wurde in der Spitze vom 1. Mai an auf 100 % gesetzt. Diese Maßnahme erhöhen sich vom 1. Juni an um 10 vom Hundert, und vom 1. Juli an um insgesamt 15 vom Hundert. Für die übrigen Löhne bleibt der bisherige Hundertsatz bestehen. Die Kündigung dieses Lohnabkommens kann frühestens am 1. September zum 30. September 1925 erfolgen. — Die Unternehmer verhalten sich gegenüber den Schiedssprüchen ablehnend.

Neue Löhne in der Provinz Hannover. Die Lohnverhandlungen ergaben eine Verminderung der Lohnklassen von 8 auf 6. Vom 7. Mai an ist der Höchsthundenlohn 100 %, der niedrigste 71 %, vom 4. Juni an bis zum 22. Juli beträgt der Stundenlohn 106 respektive 76 %. Für einige Lohngebiete wird der vorgesehene Höchstlohn erst in 3 Staffeln erreicht.

Die Unternehmer im Kampfe gegen Baudelegierte und Betriebsobleute. Noch immer gibt es Firmen, die den Baudelegierten und Betriebsobleuten die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte streitig zu machen suchen. Dazu gehört auch die Firma **Becker & Fiebig, Baunium, Aktiengesellschaft, Sitz Berlin**, in erster Linie die Bauleitung dieser Firma an der Baustelle **Untergrundbahnhof Tempelhof**. Seit Anfang August 1924, der Verangriffnahme des Baues, war dort ein Mitglied unseres Verbandes **Obmann des Betriebsrates**, 3 Monate vergingen, bevor die Leitung die Vertretung überhaupt anerkannte, dauernd wurde jede Tätigkeit der Baudelegierten, bei einer Belegschaft von 500 bis 600 Mann stark, erschwert. Anfang März 1925 erfolgte wegen seines energischen Vorgehens die fristlose Entlassung unseres Kameraden. Vom Gewerbegericht wurde die Firma verurteilt, an den entlassenen **Obmann 100 M. Entschädigung** zu zahlen. Der Nachfolger in der Liste, ebenfalls ein Mitglied unseres Verbandes, arbeitete in unbeeinträchtigt Weise im Interesse der Belegschaft, gestützt auf das Recht des Betriebsrates, weiter. Am 9. April traten nun die Zimmerer und Einschaler dieser Baustelle in den Streit. Der **Obmann** blieb jedoch weiter im Betrieb, da über 400 Arbeiter beschäftigt wurden, und eine ganze Anzahl von Aufträgen und Verhandlungen zu erledigen war. Am 20. April wurde auch dieser Kamerad, angeblich wegen Arbeitsverweigerung, fristlos entlassen. Hiergegen wurde sofort der Klageweg beschritten. Im Termin gab die Bauleitung passive Resistenz als Entlassungsgrund an, sie wurde aber auf Grund des Gegenbeweises zur Zahlung von 4 Wochenlöhnen an den Kameraden verurteilt. — Kameraden, lernt daraus! Sorgt vor allem dafür, daß auf jeder Bau- und Arbeitsstelle eine Betriebsvertretung vorhanden ist. Zeigt den Baugewaltigen, daß, wo einer fällt, 2 dafür wieder einspringen. Erhaltet und haut die wenigen Rechte, die uns zustehen, aus, damit keine Arbeitsstelle ohne Vertrauensmann ist.

Eine unschöne Handlungsweise des Polierbundes beim Streit in Meize. In einer Notiz im „Zimmerer“ Nummer 15 unter vorstehender Überschrift wurde ausgeführt, daß der Vertreter des Polierbundes in Meize sich an die dortigen Unternehmer gewendet habe mit dem Ersuchen, sie möchten doch dafür sorgen, daß die im Streit befindlichen Maurer- und Zimmerpoliere in den Polierbund eintreten, und daß die Unternehmer es abgelehnt hätten, ihren Einfluß in der gewöhnlichen Richtung geltend zu machen. Vom Deutschen Polierbund wird diese Darlegung bestritten. Weber vom Vorstand noch von dem zuständigen Bezirksleiter, Kühn, Leipzig, seien irgendwelche

Schritte in Meize unternommen worden. Maurermeister Schubert, Meize, bei dem der Polierbund dieserhalb angefragt hat, habe wie folgt geantwortet:

„In sofortiger Erledigung Ihrer Anfrage vom 13. April dieses Jahres erkläre ich, daß kein Vertreter des Deutschen Polierbundes mit mir verhandelt hat. Auch habe ich bei den Lohnverhandlungen am 23. März dieses Jahres in Oppeln nicht erklärt, daß ich diesem Polierapostel den Kaufpaß gegeben hätte. Diese Behauptungen sind glatt erfunden.“

Wir haben uns inzwischen bemüht, die Sache aufzuklären, und dabei feststellen können, daß die von uns veröffentlichte Darstellung durchaus den Tatsachen entspricht, was durch folgende Erklärung bestätigt wird:

Ich, Zimmerermeister **Josef Müller** aus Meize, bestätige hiermit, daß **Baumeister Schubert** aus Meize in der Verhandlung am 23. März dieses Jahres in Oppeln, als sich die Parteien zum Mittagessen trennten, zu mir und Herrn **Schmidt** erklärte: „Sehen Sie, von Ihnen wird immer vermutet, daß ich derjenige bin, der den Leuten die Zulage nicht gönnt; im Gegenteil, wenn ich von der Kundschaft das bezahlt bekomme, sollen die Leute das auch haben.“ Herr **Schubert** erklärte weiter: „Sehen Sie, so ist es ja auch mit

RICHTFEST.

Zimmerleute trinken gerne,
Schauen auch gerne auf die Sterne.
Zimmerleute sind lustige Brüder,
Singen feine sonnige Lieder.

Zimmerleute schwingen die Art,
Haben ein neues Dach gemacht.
Heute ist Richtfest: der grüne Kranz,
Zwischenhin rotseidenes Band.

Und der Zimmerpolier hat die Rede geschwungen,
Dann hat man ein rotes Lied gesungen.
Und abends als der Mond aufging,
Da hing sich jeder 'ne Tänzerin.
Heiße, das Leben!

Mac Dortu.

dem Polierbund, dessen Vertreter ersuchte mich, auf die Poliere einzuwirken, daß dieselben sich nur im Polierbund organisierten. Das lehne ich ab, weil jeder das machen soll, wie er will. Wenn wir derartiges befolgen wollten, könnte ja nach dem Verträge dieses Bundes überhaupt kein Unternehmer auf dem platten Lande mehr mit seinem Geschäft bestehen. Daran, meine Herren, werden Sie wohl erkennen, daß ich mir über Möglichen und Unmögliches ein Urteil bilden kann, und daß ich nicht der bin, der Ihren Leuten die Zulage nicht gönnt.“

Meize, den 6. Mai 1925. **Josef Müller, G. Schmidt.**

Wir haben dieser Erklärung nichts hinzuzufügen.

Ist den Lehrlingen die Schulzeit als Arbeitszeit zu bezahlen? Die Gewerkschaften fordern das. Innungen und Handwerkskammern nehmen durchweg einen entgegen-gesetzten Standpunkt ein. So liegt die Entscheidung zumeist bei den Lehrmeistern selbst. Einsichtige Lehrmeister zahlen für die Schulzeit die festgesetzte Entschädigung, die an sich nur gering ist und den Betrieb auf keinen Fall in Gefahr bringt. Weniger einsichtige Lehrmeister bringen die Schulzeit in Abzug. In einem uns jetzt bekanntgewordenen Fall in einem Nachbarorte von Hamburg wurde die Schulzeit ebenfalls nicht bezahlt, bis plötzlich die Lehrlinge entdeckten, daß im Lehrvertrag folgende Bestimmung enthalten ist: „Ein Abzug für die ohne Verschulden des Lehrlings verjämerte Zeit findet nicht statt.“ Unter Berufung auf diese Bestimmung setzten es die Lehrlinge durch, daß sie die Schulzeit — es handelte sich um einen Tag — bezahlt erhielten. Der Lehrmeister nahm daraufhin Veranlassung, sich den Lehrvertrag etwas näher anzusehen. Dabei stieß er auf eine Bestimmung, die ihn berechtigte, von dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings ein Lehrgeld in Höhe von 50 M. zu fordern, das in 3 Raten am 1. Oktober jedes Jahres zu leisten ist. Bisher war von dieser Bestimmung nie Gebrauch gemacht worden. Mehrfach hatten die Eltern das Lehrgeld angeboten, der Lehrmeister hatte es aber aus-geschlagen. Nachdem er jedoch den Schultag bezahlen mußte, brachte er nunmehr das Lehrgeld in Abzug. Der Gesellen-ausschuß nahm sich der Sache an und ersuchte schriftlich um eine Aussprache mit dem Lehrherrn oder um eine Sitzung mit der Innung. Er wurde aber von dem Obermeister dahin belehrt, daß bezüglich der Lehrverträge weder der Gesellenausschuß noch die Lehrlingskommission der Innung, sondern lediglich die Handwerkskammer zuständig sei. Im übrigen seien die Eltern der Lehrlinge auf den persönlichen Verhandlungsweg mit den Lehrherrn ver-wiesen; denn lediglich das Verhalten des betreffenden Lehrlings in der Lehre bilde die Grundlage einer Verständigung des Lehrherrn mit den Lehrlingseltern. — Aus dieser Antwort kann man schließen, daß, wenn die Lehrlinge auf die Bezahlung des Schulgeldes verzichten, die Lehrmeister von der Einziehung des Lehrgeldes absehen. Dadurch, daß die Lehrlinge den Lohn für den Schultag beanspruchen, haben sie bei dem Lehrmeister Anstoß erregt, was gewissermaßen zu „Strafmaßnahmen“ geführt hat, wie sie das Eintreiben des Lehrgeldes darstellt. Wir überlassen das Urteil über eine solche Handlungsweise unsern Lesern, die daraus zugleich die Lehre ziehen mögen, daß den Lehrlingen ein noch

wirksamere Schutz als bisher zu gewähren ist, den allein die Gewerkschaft zu gewähren vermag, sofern sie ihren Einfluß noch weitlich steigert. Das ist erste Vorbedingung.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bielefeld. Die Zimmermeister Bielefelds sind über die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten anscheinend besonders erfreut. Zimmermeister **Wedegärtner**, der während des Wahlkampfes mit einem gedruckten Manuskript in der Tasche „reden“ ging, hat seinen Arbeitern folgendes Schriftstück in die Lohnkiste gesteckt:

B. B.

Durch die glückliche Wahl eines echten deutschen Mannes zum Reichspräsidenten fühle ich mich veranlaßt, meinen sämtlichen Leuten einen kleinen Sonderzuschuß von 5 M. und jedem Kinde unter 14 Jahren 3 M. auf die Stadtparlatasse zu schenken, hierfür sind sämtliche Kinder namentlich anzugeben und vorhandenes Spar-kassenbuch mitzubringen. Ich habe die feste Hoffnung, daß die Leitung uneres Volkes in zielbewußter Hand liegt, die Steuern durch Sparbarkeit der Regierung bald ermäßigt, und damit obige Geldspende wieder im Ge-schäft herausholen kann.

Die Wahl Hindenburgs scheint bei manchen Leuten zu Verrenkungen die ihren wahren „Geist“ allerdings erkennen lassen, zu führen. Daß man recht tüchtige Sieges-feiern veranstaltet hat, die sicherlich nicht „ohne“ waren und wahrscheinlich auch etwas mehr als 5 M. pro Kopf ge-kostet haben, versteht sich am Rande, und es ist natürlich wegen der gesellschaftlichen Stellung unbedingt erforderlich, daß den „gewöhnlichen“ Menschen nicht so viel zur Ver-fügung steht. Diese Siegesfeier scheint nach dem Schrift-stück mit dem „hochherzigen“ Entschluß dem Zimmermeister recht tüchtig zu Kopfe gestiegen zu sein. Nach dem alten Grundsatz, daß das Geld eine Bedientenseele hat, glaubt man, mit einem „Vorstoß“ für das nächste Mal sich die Befinnung der Arbeiterschaft faulen zu können. Am Golde hängt doch alles, so denkt nun einmal die bürgerliche Moral. Herr **Wedegärtner** will die Geldspende aber keineswegs selbst tragen, sondern sie wieder aus dem Geschäft heraus-holen. Dabei rutscht er auf dem Gebiete der großen Steuerpolitik aus. „Die Leitung uneres Volkes liegt,“ seitdem wir eine deutschnationale Reichsregierung haben, durchaus „in zielbewußter Hand“. Auch die Steuern werden bereits ermäßigt. Es versteht sich, daß diese „ziel-bewußte“ Politik im Sinne des Herrn **Wedegärtner** liegt. Wir wissen, daß die deutschnationale Reichsregierung alle Ver-steuern ermäßigt und abbaut, dagegen für die Steuern der Arbeiterschaft, Lohnsteuer und Massensteuern, keine Wege zur Milderung finden kann. Herr **Wedegärtner** halt die Geldspende aber auch auf andere Weise wieder heraus. Er ist bei den Lohnverhandlungen einer der größten Gegner der Gewerkschaften. Er huldigt dem Standpunkt, bei mög-lichst geringem Lohn eine sehr lange Arbeitszeit durchzu-führen. Noch im vorigen Jahre, während der neunmöglichen Aus-sperrung der Zimmerer und Maurer wollte dieser Zimmermeister lieber sein Geschäft verlaufen oder stilllegen, als einen Pfennig Lohn zulegen. Die Organisation der Zimmerer war aber stärker, und er hielt seinen großen Schwur nicht hoch. Im übrigen kann Herr **Wedegärtner** auch sehr gut eine „Hindenburg-Spende“ zum Besten geben, da er entgegen den tariflichen Lohnfähen, die zur Zeit 94 % betragen, einfach nur 68 % auszahlt. Er wird sich aber bequemen müssen, die Lohnspanne auszugleichen, vielleicht auch in der Form einer Hindenburg-Spende?

Ein anderer Bielefelder Zimmermeister erhofft von der Wahl Hindenburgs, daß in ganz kurzer Zeit durch irgend-einen Erlaß mit dem Achtstundentag im Baugewerbe auf-geräumt wird. Dieser Herr nennt sich **Demokrat** und hat die Ehre gehabt, demokratischer Stadtverordneter gewesen zu sein. — Die Herrschaften verkennen die Situation. Sie begreifen nicht, daß die Organisationen der Arbeiterschaft trotz Hindenburg sich auf dem Wege der Sammlung und Gefundung befinden. Ausschlaggebend für die Entwicklung ist die Macht der organisierten Arbeiterklasse, die ihren Weg auch unter einem „republikanischen“ Reichspräsidenten Hindenburg und unter einer deutschnationalen Reichsregie-rung fortsetzen und sich durch keine Lockmittel, die man als Profamen von dem reichen Tische, den man sich auf Kosten des werktätigen Volkes zulegen kann, herunter wirft, auf die Leimrute locken lassen wird.

Breslau. Unsere Mitgliederversammlung am 21. April beschäftigte sich eingehend mit dem letzten Lohnangebot, das in freier Vereinbarung mit dem Schlichtungsausschuß und den beteiligten Parteien gefällig wurde. Kamerad **Goltschmidt** gab zunächst einen Überblick über unsere Be-wegung. Am 10., 14. und 28. März fanden Verhandlungen statt, wovon die erste vollkommen ergebnislos verlief. In der folgenden Verhandlung unter dem staatlichen Schlichter kam nach langen, schwierigen Verhandlungen mit den Stimmen der Arbeiter folgender Spruch zustande: Vom 16. März bis 30. April erfolgt eine Zulage von 8 % die Stunde, vom 1. Mai bis 30. Juni weitere 7 %, so daß die Zulage von 15 % (gefordert wurden 20 %) auf 3 1/2 Monate verteilt wurde. Die Unternehmer hatten nur 4 % zu-ge-standen, sie lehnten, wie zu erwarten war, in ihrer Ver-sammlung den Spruch ab. Auf Grund der von uns be-antragten Verbindlichkeit fand die letzte Verhandlung vor dem Regierungsvertreter in Breslau statt, wo gleichfalls eine Einigung auf der Grundlage des Spruches nicht zu erreichen war. Die Unternehmer waren nur bereit, 10 % Lohnhöhung bis Ende August zu bewilligen. Diese Lösung wurde von uns rundweg abgelehnt, da wir an dem Spruch des Schlichters festhielten. Unsere Versammlungen am 17. März und 9. April erklärten sich mit den Maß-nahmen des Vorstandes einverstanden. In der letzten Ver-sammlung erteilten die Kameraden dem Vorstand die Er-mächtigung, von dem letzten Mittel, der Arbeitseinstellung, Gebrauch zu machen. Auf Grund der Ermächtigung wurde sich der Vorstand einig, zu Teilstreiks überzugehen, um die Regierung zu schnellerem Handeln in der Verbindlich-keitserklärung zu veranlassen. Am 14. April stellten bei 3 Unternehmern die Kameraden die Arbeit ein. Unsere Bruderorganisation veranlaßte gleichfalls bei 7 Unter-nehmern die Arbeitseinstellung. Am 16. April lief endlich

von der Regierung eine Antwort ein, wie sie von einer Rechtsregierung nicht anders zu erwarten war. Sie lautete, daß für eine Lohnerhöhung im Baugewerbe keine Notwendigkeit vorliege und die beantragte Verbindlichkeit abgelehnt werde. Darauf zogen wir bei 2 weiteren Unternehmern die Leute heraus. Nun hatten die Unternehmer es eilig, sie luden die Parteien für den 18. April zu einer Besprechung ein. Ein greifbares Resultat war trotzdem nicht zu erreichen. Die Unternehmer erklärten sich aber bereit, den Schlichtungsausschuß als Einigungsamt anzurufen, vor dem am 20. April folgende freie Vereinbarung zustande kam: Der Lohn beträgt sofort, vom 17. April bis 17. Juni, 15 % die Stunde mehr. Wegen der langen Verhandlung über die Lohnerhöhung wurden die anderen Punkte am nächsten Tage behandelt. Im Vordergrund stand die Ferienfrage. Die Arbeitervertreter wollten bei dieser Frage die Lohnfrage nicht scheitern lassen, weil die Unternehmer hierzu erklärten, diese Frage sei nur zu regeln, wenn die Arbeitszeitfrage hierbei mit geregelt wird, sonst bleibe es bei einer zentralen Regelung dieses Punktes. Affordarbeit darf nur ausgeführt werden, wenn Tarifverträge vereinbart worden sind. Von diesem Uebel sind wir befreit, weil bei uns ein Tarifvertrag nicht besteht. In der Auslöschungfrage wurden 3 Stunden festgelegt, bisher 2, gefordert wurden 4 Stunden. Die Kilometergelder für die Kameraden in der Provinz werden von 2 auf 3 % erhöht. Betreffs der Lehrlingslöhne gab der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes, Herr Beck, die Erklärung ab, daß er sich bei seinen Kollegen in der Handwerkskammer und in der Innung dafür einsetzen werde, daß die Lehrlingslöhne auf folgender Grundlage festgelegt werden: im ersten Lehrjahr 10 bis 20 %, im zweiten 20 bis 30 %, im dritten 30 bis 45 % und im vierten 45 bis 60 % des Gesellenlohnes. Kamerad Goldschmidt erwählte zum Schluß seiner Ausführungen, wenn der Erfolg auch nicht alle Kameraden befriedigen werde, so kämen wir doch 14 Tage früher in den Genuß der 15 %, auch schließe die Vereinbarung 14 Tage früher ab. In den anderen Punkten seien gleichfalls Fortschritte zu verzeichnen, die nicht abgelehnt werden können. Die Abstimmung war ausgiebig und teilweise sehr lebhaft. Die Abstimmung ergab bei 501 abgegebenen Stimmen die Annahme der Vereinbarung. Es stimmten 423 Kameraden dafür und 74 dagegen. In „Verbandsangelegenheiten“ kritisierte Kamerad Goldschmidt das Verhalten der Kameraden auf der Baustelle Al.-Wochberner Bahnhof. Der Aufforderung, die Arbeiten einzustellen, wollten die Kameraden nicht Folge leisten, es habe vieler Mühe bedurft, sie endlich dazu zu bewegen. Sie glaubten, da sie zum Teil der Lissaer Zahlstelle angehören, sie bräuchten den Beschluß der Breslauer nicht nachzukommen. Hierbei verlas Goldschmidt ein Schriftstück, das die Firma „die vereinigten Bauunternehmer“ an den Baugewerksbund gerichtet habe, indem sie Klage gegen ihn anstregten wolle wegen des Schadens, der durch die Arbeitseinstellung der Zimmerer entstanden sei. Beschlossen wurde noch, daß diejenigen Kameraden, die am 1. Mai arbeiten, mit einer hohen Strafe belegt werden. Goldschmidt wies dann noch auf die neue Vertragsregelung hin, die nach dem Statut zu erfolgen habe, und ermahnte insbesondere die Kameraden, ihre Frauen davon in Kenntnis zu setzen, damit den Hausfrauen keine Schwierigkeiten bereitet werden. Ein Vorschlag des Vorstandes, den Beitrag auf 1,50 M abzurunden, wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Mit der Ermahnung, die Wiederkontrolle auf Bauten und Plätzen des öftern vorzunehmen und Saumseligkeiten vorzubeugen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Hagen i. W. In unserer Zahlstelle hat sich am Sonntag, 3. Mai, ein Vorfall abgespielt, der es verdient, in den Kreisen unserer Mitglieder, besonders der reisenden Kameraden, bekanntzuwerden. Die letzteren sind bekanntlich in verschiedenen „Schächten“ verbunden; die „rechtshaffenen Fremden“, die hier schon viele Jahre sind, haben sich bis jetzt in der Zahlstelle recht tatkraftig betragen. Nun hat sich hier seit vorigem Sommer ein „Schacht“ „Freier Vogtländer“ gebildet. Dann kommt noch ein dritter „Schacht“ hinzu, „Die Freiheitsbrüder“. Zwischen den letztgenannten beiden „Schächten“ bestand schon längere Zeit ein gespanntes Verhältnis. Der hauptsächlichste Grund lag wohl darin, daß der eine „Schacht“ den andern nicht hochkommen lassen will, und daß verschiedene sogenannte „Durchbrenner“ sich in dem neugegründeten „Schacht“ dann wieder niederlassen. Am Freitag, 1. Mai, kam es schon zu Tätlichkeiten in dem Lokal der „Freien Vogtländer“, wobei schon ein Mann mit dem Messer schwer verletzt wurde. Das war das Vorspiel, das Hauptspiel kam am Sonntagvormittag um 11 Uhr. Beide Parteien, „Freiheitsbrüder“ und „Freie Vogtländer“, haben sich gegenseitig mit dem Messer so zugerichtet, daß 8 Kameraden ins Hospital gebracht werden mußten und 15 Kameraden in Untersuchungshaft kamen. Diese werden sich in nächster Zeit wegen allerlei schwerer Delikte vor Gericht zu verantworten haben. Wir werden über das Urteil im „Zimmerer“ berichten. Man sollte es kaum für möglich halten, daß sich Mitglieder einer und derselben Organisation — alle sind Verbandsmitglieder — so bekämpfen können. Dieser Vorfall hat uns in Hagen nicht in Ansehen gebracht; nicht nur unserer Organisation, sondern der ganzen freien Gewerkschaft fügt er Schaden zu. In früheren Jahren waren die reisenden Kameraden, die von Ort zu Ort, von Land zu Land zogen, die Verkünder und Träger der Organisation. Solche Fälle, wie der vorstehend geschilderte, bringen unsere reisenden Kameraden in Verzug, da kann man doch nicht mehr von Brüderlichkeit und Kameradschaft reden. Deshalb, reisende, fremde Kameraden, wahrt den früheren guten Ruf, laßt ab von solchem Treiben, wie wir es hier erlebt haben!

Hamburg und Umgegend. In 5 großen Versammlungen nahmen die Zimmerer der Zahlstelle Hamburg Stellung zu dem Schiedspruch vom 5. Mai. In der überfüllten, im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattgefundenen Versammlung erstattete Kamerad Steinfeldt Bericht über den Verlauf des Kampfes und über die Verhandlungen. Redner führte etwa folgendes aus: Die Verhandlungskommission hat versucht, schon vor dem 1. April zu Verhandlungen zu kommen, da bekannt wurde, daß für das Malergewerbe ein Lohn von 120 bis 125 % vereinbart wurde. Unser Antrag wurde von Arbeitgeberseite abgelehnt mit dem

Sinweis auf die tariflichen Bestimmungen. Es sollte aber rechtzeitig mit den Verhandlungen zum 1. April begonnen werden, die dann am Donnerstag, 26. März 1925, stattfanden. Hier wurde von uns 1,34 M in der Spitze gefordert, aber auch hier wurden unsere berechtigten Forderungen als zu hoch abgelehnt und vereinbart, daß am Sonnabend, 28. März, ein Schlichtungsausschuß zusammentreten sollte. Nach stundenlanger Verhandlung kam ein Schiedspruch zustande, der für die Zimmerer einen Stundenlohn von 1,17 M in Hamburg I, 1,14 in Hamburg II, —,99 in Schleswig-Holstein I, —,94 in II, —,89 in III, 83 in IV und 1,01 M in Cuxhaven bis zum 30. September vorsah und außerdem das bestehende Arbeitsabkommen bis zu diesem Zeitpunkt verlängerte. Der Spruch wurde sofort von der Verhandlungskommission abgelehnt. Eine Zahlstellenversammlung vom 31. März billigte die Handlung der Kommission und beschloß für den Fall, daß es nicht gelänge, im Verhandlungswege Verbesserungen in der Lohnhöhe wie vor allen Dingen in der Zeitdauer durchzusetzen, in eine partielle Bewegung eingetreten werden sollte. Aber bevor der Beschluß in Wirksamkeit trat, beantragten die Unternehmer die Verbindlichkeit des Schiedspruches. Vor allem aus dem Grunde, daß auch das Arbeitsabkommen bis zum September verlängert wurde und damit zentrale Verhandlungen erschwert, die Regelung der Ferien, Lehrlingsentlohnung usw. unmöglich gemacht wurde, mußte die Verbindlichkeitserklärung dieses Spruches verhindert werden. Um vollendete Tatsachen zu schaffen, traten am 4. April bei 12 Unternehmern 225 Kameraden in den Streit. Wiederholte Einigungsversuche durch den Schlichter scheiterten an der Halsstarrigkeit der Unternehmer, die an dem Schiedspruch unbedingt festhalten wollten, die so weit gingen, daß sie einen Vorschlag des Schlichters ihrer Versammlung überhaupt nicht unterbreiteten, um die Aussperrung durchzusetzen. Diese erfolgte am 9. und 11. April in Hamburg, Lübeck und Cuxhaven. Beteiligt war die Zahlstelle Hamburg mit 1738 Kameraden in 271 Betrieben. Um die Hamburger Bauarbeiter gefügig zu machen, wurden am 18. April auch die Kameraden in der Provinz ausgesperrt. Ein Versuch, auch die Fabrikhandwerker auf die Straße zu werfen, um die Streikmassen zu belasten, ist gescheitert. Der Kampf wurde 4 Wochen lang mit äußerster Erbitterung geführt; vor allem in der Presse wurde von den Unternehmern das Unmöglichste an Verdrehungen geleistet, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Der Einsatz der Technischen Nothilfe auf einer Baustelle wurde verhindert. Am 4. Mai trat auf Veranlassung des Schlichters ein Schiedsgericht zusammen. Um einen schlechteren Schiedspruch zu verhindern, der nach einer Neuierung des Schlichters dann im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden wäre, vereinbarten die Parteien, daß sie sich einem Schiedspruch unterwerfen würden, wenn er einstimmig gefällt werden würde. Am 5. Mai, 3 Uhr morgens, kam dann folgender Schiedspruch zustande:

1. Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 14. Mai einschließlich betragen die Stundenlöhne:

	Groß-Hamburg	Cux-	Lübeck, Kiel, Flensburg	Schl.-Holstein
	I	II	I	II III
Zimmerer	117	114	101	99 94 89 83

2. Vom 15. Mai bis 16. Juli einschließlich betragen die Stundenlöhne:

Zimmerer	124	121	107	104 97 92 86
--------------------	-----	-----	-----	--------------

3. Vom 17. Juli bis 15. Oktober einschließlich betragen die Stundenlöhne:

Zimmerer	128	125	109	107 102 96 89
--------------------	-----	-----	-----	---------------

Das bisherige Lohngebiet Schleswig-Holstein IV kommt in Fortfall. Die in ihm enthaltenen Gebietsteile werden zum Lohngebiet Schleswig-Holstein III gezählt.

4. Das Arbeitsabkommen gilt bis zum 16. Juli 1925. Sollten die Parteien sich dann nicht einigen, so entscheidet ein vom Hamburger Schlichter einzusetzendes Schiedsgericht endgültig.

5. Die noch strittigen Arbeitsgebiete werden in folgende Klassen eingeteilt: Schl., Föhr, Pellworm für das Hoch- und Betonbaugewerbe in Gruppe Hamburg II; für das Tiefbaugewerbe Gruppe Schleswig-Holstein Ia plus 5 % Zuschlag; Darmstedt und Schwarzenbek in Gruppe Cuxhaven; Wessleben und Wüsum in Gruppe Schleswig-Holstein II; Bargteheide und Kremshüttel erhalten den Mittellohn zwischen Hamburg II und Cuxhaven im Hoch- und Betonbaugewerbe; über Eternförde, Marne und Meltdorf haben die Parteien sich zu verständigen.

6. Die Arbeitsaufnahme hat spätestens am Donnerstag, 7. Mai, zur gewohnten Zeit zu erfolgen. Streik und Aussperrung bedeuten keine Unterbrechung des bisherigen Arbeitsverhältnisses.

Kamerad Steinfeldt kritisierte den Schiedspruch besonders deswegen, weil er noch eine Woche den abgelehnten Schiedspruch in Geltung setze. So könne die als notwendig erklärte Achtung vor Schiedsprüchen wirklich nicht hergestellt werden. Eine Fortsetzung des Kampfes wegen dieser Woche könne er aber nicht empfehlen. Redner erläuterte dann die rechtlichen Folgen eines verbindlichen Spruches; die Organisation müsse sich, wenn der Kampf fortgesetzt würde, zurückziehen, damit ihr nicht schwerer finanzieller Schaden zugefügt werde. Die illegale Fortsetzung des Kampfes müsse aber zum Zusammenbruch desselben führen, der alles in allem doch einen Erfolg bedeute, seien die Unternehmer doch gezwungen, eine Erhöhung für 2 Monate um weitere 7 % und für die übrige Zeit eine solche von weiteren 11 % gegenüber dem abgelehnten Schiedspruch hinzunehmen. Darüber hinaus seien sie verpflichtet, im Juli mit uns über die noch strittigen Fragen aus dem Reichstafel zu verhandeln. Der Redner empfahl im Auftrage des Vorstandes die Wiederaufnahme der Arbeit. In der Debatte wurde der Spruch von mehreren Kameraden scharf kritisiert und die Fortsetzung des Kampfes verlangt. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde über die Wiederaufnahme der Arbeit abgestimmt. Die Abstimmung ergab 1005 Stimmen für Wiederaufnahme und 677 Stimmen dagegen. Die Arbeit wurde am Freitag, 8. Mai, wieder aufgenommen.

Minden i. W. Am 6. Mai sprach hier vor einer gut besuchten Versammlung Kamerad Lichtenberger aus Dresden über das Thema: „Unser Zentralverband im Kampfe für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Zimmerer.“ In außerordentlich fesselnder Weise führte der Referent den

Kameraden die intensive Arbeit unseres Verbandes vor Augen, der im Verein mit dem Baugewerksbund im Baugewerbe den Achtstundentag erhalten und seine Mitglieder vor weiteren wirtschaftlichen Schädigungen bewahrt habe. Leider finde manches nicht genügend Verständnis bei den Kameraden, sie wirkten auch selber zu wenig mit. Begeistert stimmte am Schluß der Ausführungen des Referenten jeder zu, daß wir den Weg zur Höhe fortsetzen und neue Mitstreiter werden müßten im Kampfe für ausreichenden Lohn und soziale Rechte. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen waren, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

Okerode. Am 18. April fand unsere Quartalsversammlung statt. Der Kassierer erstattete zunächst den Kassienbericht. Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben. Sodann gab der Gauleiter, Kamerad Finsel, den Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Infolge des hartnäckigen Widerstandes der Unternehmer seien sie äußerst schwierig gewesen. Er betonte besonders, daß es ein schweres Vergehen sei, den Achtstundentag zu verließen. Weiter kritisierte der Gauleiter die mangelhafte Stellungnahme verschiedener Zahlstellen im Gau zu den Lohnverhandlungen im März. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, mehr für unsere Sache zu tun. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, an dem Achtstundentag festzuhalten. — Unter „Verschiedenes“ wurden 2 Kameraden neu in den Verband aufgenommen. Der Kassierer regte an, das Versammlungslokal von Spilau auch als Verkehrslokal festzulegen. Dem wurde zugestimmt. Dasselbst können jeden Freitag und Sonnabend die Beitragsmarken entnommen werden. Mit einem begeisterten Hoch auf unsern Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Blauen i. W. In unserer letzten Mitgliederversammlung am 21. April referierte Kamerad Fischer, Hamburg, über: „Unser Zentralverband im Kampfe um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zimmerer Deutschlands.“ Er gab in seinen Ausführungen einen Rückblick über die Entwicklung und das Wirken unseres Zentralverbandes. Ihm sei es unter den schwierigsten Verhältnissen gelungen, in dauerndem Kampfe mit dem Unternehmertum, immer größeren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Die im Jahre 1923 eingetretene Wirtschaftskrise infolge des Währungsverfalles und seiner Folgen habe auch unsern Zentralverband in seiner Wirksamkeit auf das Empfindlichste getroffen. Nicht nur Mitgliederverluste, sondern auch eine gewaltige Einbuße an finanzieller Kraft waren zu verzeichnen. Diesen Umstand benutzte das Unternehmertum zu Vorstößen gegen die Erzeugnisse der Arbeiterschaft. Die heftigsten Kämpfe im Baugewerbe waren die Folge dieses Vorgehens. Dem Unternehmertum sei es nicht gelungen, im Baugewerbe den Achtstundentag allgemein zu beseitigen. Dank dem energischen Widerstande war es möglich, ihn in den meisten Bezirken zu halten, ohne daß er durch tarifliche Bestimmungen oder durch den Reichstafelvertrag festgelegt war. Neue große Aufgaben ständen dem Verbands bevor. Auch eine neue Aufwärtsbewegung im Verbands sei zu verzeichnen. Die finanzielle Gefundung schreite rüstig fort. Alle Verbandsmitglieder seien verpflichtet, jetzt ihre ganze Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen, damit der Kampf um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zimmerer Deutschlands noch entschiedener als bisher geführt werden könne. — In der kurzen Aussprache wurde von einigen Rednern die Ansicht vertreten, daß zum Teil die Spitzen der Gewerkschaften mit Schuld an dem wirtschaftlichen Zustande tragen, da sie verabsäumt hätten, die Gewerkschaften zu tatkräftigem Widerstand aufzurufen, eine Ansicht, die vom Referenten zurückgewiesen wurde. — Im 2. Punkte erstattete der Kassierer den Kassienbericht. Hierbei wurde erwähnt, daß der Mitgliederstand im Steigen begriffen ist. Der Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde vom Vorsitzenden aufgefordert, bei der Maifeier den Anordnungen der Gewerkschaften Folge zu leisten. Hierauf folgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Tübingen. Am 19. April fand in der „Rose“ in Lufnau eine Mitgliederversammlung statt. Der zweite Vorsitzende eröffnete die Versammlung und bedauerte zugleich den schwachen Besuch. Aus dem Kartellbericht war zu entnehmen, daß verschiedene Änderungen innerhalb der Vorstandschaft der Gewerkschaften Tübingens erfolgt sind. Der jetzige Vorsitzende der Gewerkschaften, Genosse Koch, Tübingen war ebenfalls in unserer Versammlung anwesend und gab einen ausführlichen Bericht über die Lage der Gewerkschaften Tübingens. Sodann erstattete der Kassierer den Quartalsbericht; auf Antrag wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Kamerad Diemer, Stuttgart, sprach hierauf über: „Wie können die Zimmerer ihre Lage verbessern und der Wiederaufbau unseres Verbandes.“ Er schilderte die Lage unseres Verbandes vor dem Kriege, während der Inflation und jetzt. Nun sei es Pflicht eines jeden Kameraden, unsere Organisation wieder auf die Höhe wie in der Vorkriegszeit zu bringen. Jeder Platzdelegierte müsse darauf sehen, daß der letzte Zimmerer unserer Organisation beiträgt. Den Ausführungen wurde großes Interesse entgegengebracht und dem Redner reichlicher Beifall gezollt. Für Neueintretende, die wegen Restwochen gestrichen werden mußten, wurde folgende Eintrittsgebühr festgesetzt: Diejenigen, die bis 1. Juni wieder in unsern Verband eintreten, haben 3 M, später Eintretende einen Tagelohn zu zahlen. Auf Antrag des Kassierers wurden einem längere Zeit kranken Kameraden, der keine Ansprüche auf Unterstützung hat, 6 Restwochenbeiträge aus der Lokalkasse einstimmig bewilligt. Nach einigen ermahnenden Worten, treu zum Verbands zu halten, schloß die Versammlung.

Böhrenbach. In einer Versammlung der am Kraftwerk beschäftigten Zimmerer am 2. Mai referierte der Gauleiter Schwenninger über das Thema: „Wie können die Zimmerer ihre beruflich-wirtschaftliche Lage verbessern und der Wiederaufbau unseres Verbandes.“ In trefflicher Weise schilderte er den Verdegang unseres Verbandes. Aus kleinen Anfängen heraus bis zur jetzigen Zeit sei die Entwicklung des Verbandes gekennzeichnet durch eine ununterbrochene Kette von vielen und oft sehr schwierigen

Kämpfen. Nur durch den Rückhalt der Organisation sei es möglich gewesen, die Lage der Zimmerer Deutschlands schrittweise zu verbessern. Nachdem die schlimmste Zeit der Inflation hinter uns liege, gelte es jetzt erst recht, den Verband weiter auszubauen und den letzten Zimmerer dem Verbands zuzuführen, damit die Absicht der Unternehmer unsern weiteren wirtschaftlichen Aufstieg zu verhindern, zusehen wird. Die Aussprache war sehr reger und erfolgte in zustimmender Weise. Sämtliche am Kraftwerk beschäftigten Kameraden waren zur Versammlung erschienen. 12 Kameraden, die aus Oppeln zugereist waren, traten sofort dem Verbands bei. Alle waren sich einig, dafür zu wirken, daß die in Furtwangen und in Donaueschingen sich befindlichen Zimmerer ebenfalls dem Verbands zugeführt werden.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Beim Einbau von stehenden Dachfenstern am Stadtkrankenhaus in Werdau ist unser Kamerad Paul Stephan am 16. April tödlich verunglückt. Um Schalung abzuhebeln, wurde er auf ein Gerüst gezogen, das 2 Klempnermeister zur Ausführung von Klempnerarbeiten errichtet hatten. Beim Festigen des Gerüsts löste sich ein Pfosten, der nur mit kurzen Nägeln besetzt war. Kamerad Stephan stürzte, da ein Schutzgerüst fehlte, aus 11 Meter Höhe ab und erlitt einen Schädelbruch sowie schwere innere Verletzungen. Er war kurze Zeit darauf tot. Die Klempnermeister, die durch Nachrutschen ebenfalls herunterfielen, kamen mit verhältnismäßig geringem Schaden davon. Einer erlitt einen Knöchelbruch, während der andere sich Verstauchungen zuzog. Die Klempnermeister waren noch tags zuvor von dem aufsichtsführenden Stadtbaumeister gewarnt worden, das Gerüst nicht so leichtfertig zu bauen. Sie hatten die Warnung in den Wind geschlagen.

Ueber Deutschlands Holzeinfuhr und -ausfuhr 1924 veröffentlicht die „Holzarbeiterzeitung“ interessantes Material. Deutschland ist, so schreibt sie, seit etwa 70 Jahren ein ausgeprägtes Holzimportland. Unsere Wälder können bei weitem nicht soviel Holz liefern als die Wirtschaft verbraucht. Wir sind auf eine starke Einfuhr angewiesen. 1913 wurden 15 Millionen Festmeter Rohholz eingeführt, während die Ausfuhr nur 1 Million Festmeter betrug. Nach dem Weltkriege ist die Einfuhr stark zurückgegangen und die Ausfuhr wesentlich größer geworden. 1920 zum Beispiel betrug die Gesamteinfuhr nur 8,2 % der Menge von 1913, die Ausfuhr dagegen betrug 264 %. Die folgenden Jahre brachten eine Annäherung an die Vorkriegsverhältnisse; aber auch heute ist die Ausfuhr im Verhältnis zur Einfuhr noch außerordentlich groß. Nachstehende Zusammenstellung gibt eine Uebersicht über die Einfuhr und Ausfuhr in den letzten Jahren. Die Mengen, die in der amtlichen Außenhandelsstatistik in Doppelzentnern angegeben sind, haben wir in Festmeter Rohholz umgerechnet.

	Einfuhr				
	1924	1923	1922	1921	1913
	1000 Festmeter Rohholz				
Rundholz, hart	126	80	61	30	292
Rundholz, weich	2606	2767	1718	755	5232
Grubenholz	616	972	232	90	476
Rundholz insges. ...	3348	3819	2011	875	6000
Schnittholz, hart	121	90	56	30	179
Schnittholz, weich	1681	1618	2665	1367	4689
Bechl. Holz, hart u. weich	88	59	91	36	769
Schwellen, hart u. weich	413	907	285	39	567
Bearb. Holz insges. ...	2303	2674	3097	1472	6205
Papierholz	2940	3115	1705	621	2570
Faschholz	60	15	33	17	123
Exotische Hölzer	28	27	38	30	112
Gesamt-Einfuhr ...	8679	9650	6884	3015	15010

	Ausfuhr				
	1924	1923	1922	1921	1913
	1000 Festmeter Rohholz				
Rundholz, hart	29	10	21	47	92
Rundholz, weich	171	215	564	663	277
Grubenholz	224	—	—	—	—
Rundholz insges. ...	424	225	585	710	369
Schnittholz, hart	35	46	81	76	56
Schnittholz, weich	483	350	600	915	210
Bechl. Holz, hart u. weich	114	79	74	48	133
Schwellen, hart u. weich	31	22	92	101	168
Bearb. Holz insges. ...	663	497	847	1140	567
Papierholz	81	2	7	2	134
Faschholz	11	7	8	10	10
Exotische Hölzer	1	1	—	1	8
Gesamt-Ausfuhr ...	1180	732	1447	1863	1088
Mehr-Einfuhr ...	7499	8918	5437	1152	13922

Wie aus der Zusammenstellung zu ersehen ist, wurde 1924 nur etwa halb soviel Holz eingeführt als 1913. Auch gegenüber 1923 ist ein Rückgang von 10,1 % zu verzeichnen. Gegenüber 1913 haben nur Gruben- und Papierholz eine stärkere Einfuhr aufzuweisen. Besonders unerfreulich ist die Entwicklung der Rundholzeinfuhr. Das Ausland ist aus begreiflichen Gründen bestrbt, möglichst wenig Rundholz auszuführen, während Deutschland in erster Linie Rundholz braucht. Aber noch stärker als die Rundholzeinfuhr ist die Schnittholzeinfuhr zurückgegangen. Ob das darauf zurückzuführen ist, daß Deutschland keine größere Einfuhr gebraucht hat oder das Ausland nicht mehr liefern konnte, soll in diesem Zusammenhange nicht näher untersucht werden.

Die Holzhändler haben das ganze Jahr 1924 hindurch über den „bölligen Stillstand der Holzexport“ gejamert.

Nun weist die amtliche Statistik nach, daß 1924 viel mehr Holz ausgeführt wurde als im Vorjahr, ja sogar mehr als 1913. Das beweist wieder einmal, welchen Wert die Konjunkturberichte der Unternehmer haben. Auffallend stark ist die Rundholzausfuhr, zumal zahlreiche Sägewerke Mangel daran hatten und noch haben. Den Unternehmern geht es um den Profit; wenn die Ausfuhr des Rundholzes einen höheren Gewinn bringt als die Verarbeitung im eigenen Sägewerk, dann wird es eben ausgeführt und die heimische Produktion stillgelegt. Auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres zeigt die Holzverforgung eine recht ungünstige Entwicklung. Das ist ein sehr unerfreulicher Zustand, zumal die Geschäftslage im Holzgewerbe sich hebt, Holz also sehr notwendig gebraucht wird.

Gewerkschaftliche Rundschau.

† **Mag Wollermann.** Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hat einen schweren Verlust zu beklagen. Unter den toten Opfern des Eisenbahnunglücks im polnischen Korridor befindet sich auch der Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes für das östliche Deutschland, Mag Wollermann, Danzig. Ihn ereilte das tragische Schicksal, als er sich auf der Reise zu der am 2. Mai in Hannover einberufenen Gauleiterkonferenz des Fabrikarbeiterverbandes befand.

Ausbau der Wirtschaftsbeobachtung durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Ueberall in den Gewerkschaften ist seit Ende der Inflation neues Leben und neue Initiative zu beobachten. Wertvolle Institutionen, die durch die Marktentwertung bedroht und sogar vielfach eingegangen waren, sind zu neuem Leben erweckt worden, um wie früher, die Arbeiterbewegung in weitem Maße zu befruchten. Vor allem hat es sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nicht nehmen lassen, die notwendigen Erweiterungen und Neuerungen vorzunehmen, um auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Handels- und Sozialpolitik das für die Arbeiterschaft zu leisten, was der Gewerkschafter im Lande von seiner Zentrale mit Recht erwarten darf. Der ADGB wird diese Absicht durch Ausbau seines Bundesbureaus verwirklichen. Bei diesem Ausbau ist vor allem großer Wert auf eine eingehende Bearbeitung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Fragen gelegt worden. Für diese Aufgabe hat man gute Kräfte in folgenden Kollegen und Genossen gefunden: Dr. Hans Arons, Berlin, Wirtschaftler und Wirtschaftsstatistiker, Dr. Bruno Broder, Köln, der die sozialpolitischen Fragen bearbeitet wird, und Robert Sachs, bisher Vorkontrollleur und Wohnungspfleger der Stadt Biegnitz. Kollege Sachs wird sich besonders in Fragen des Arbeiterschutzes, insbesondere des Bauarbeiterschutzes betätigen. Wir wünschen unsern Genossen und Kollegen gedeihlichen Erfolg ihrer Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung.

Die deutsche Heimarbeit-Ausstellung. Man sollte es kaum für möglich halten, daß die kapitalistische Produktionsweise so große Gegensätze in sich birgt. Alle Welt ist entzückt von der Produktion Fords; mit Staunen erfährt man, daß in seinen Werkstätten pro Tag 10 000 Autos und Traktoren hergestellt werden. Will die deutsche Industrie mitkommen, muß sie die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft entschieden zu heben versuchen. So geht gegenwärtig ein Hasten und Drängen, ein organisatorisches Ummodeln durch die deutsche Industrie. Dieweil dies alles geschieht, findet in Berlin in den Ausstellungshallen am Lehrter Bahnhof eine Ausstellung statt, die die primitivsten Produktionsbedingungen zeigt. Die Produkte, die dort zu sehen sind, werden von Heimarbeitern hergestellt. Photographien zeigen die Arbeitsräume, die diesen Leuten zur Verfügung stehen. Vielfach dienen sie als Wohnraum, Küche und Schlafgemach und außerdem als Arbeitsraum. Doch nicht nur der Mann oder die Frau sind mit Heimarbeit beschäftigt, sondern auch die Kinder bis zum zartesten Alter herab. In jedem Ausstellungsgegenstand befindet sich ein Zettel, der die Arbeitszeit anzeigt, die zur Verfertigung desselben notwendig war, und den erzielten Arbeitslohn bekannt gibt. Der Stundenverdienst geht bis zu 5 M herab. - Im Durchschnitt wird in der Heimarbeit ein Verdienst von 20 bis 30 M pro Stunde erzielt. Man könnte diese Ausstellung eine Ausstellung des Elends nennen. In Amerika konnte kürzlich zwischen den Bekleidungsarbeitern und den Unternehmern ein Tarifvertrag getätigt werden, wonach jeder Konfektionsarbeiter ein Zeugnis beibringen mußte, daß er nicht an einer ansteckenden Krankheit leidet. Die Kleidungsstücke tragen ein Etikett, daß sie unter sanitären Arbeitsverhältnissen und von Gewerkschaftsmitgliedern hergestellt sind. Das ist in Amerika. In Deutschland werden Massenprodukte unter den ungesundesten Arbeitsbedingungen hergestellt, wovon die Heimarbeiterausstellung in Berlin ein allzu deutliches Zeugnis ablegt.

Zwei Schreiberlein gegen Achtstundentag und Washingtoner Abkommen. Der Verlag der „Deutschen Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ hat jeben zwei Broschüren herausgegeben, die in Hunderttausenden von Exemplaren — man läßt sich's was kosten — an die deutsche Arbeiterschaft verbreitet werden sollen. Die eine Broschüre nennt sich „Arbeiterschaft und Erfüllungspolitik“. Sie ist von einem gewissen „Sozius“ zusammengeschrieben, der sich selbst als „Alter Gewerkschafter“ bezeichnet. Der Verfasser der zweiten Broschüre, „Was die Arbeiter über das Washingtoner Abkommen und den Achtstundentag nicht erfahren“, ist weit unvorsichtiger und nennt seinen wirklichen Namen: Robert Albert, Dresden. Beide Broschüren sind ein Sammelsurium von möglichsten und unmöglichen, passenden und unpassenden Zitaten sozialistischer und bürgerlicher Schriftsteller, die zu dem Thema in keinerlei Beziehung stehen. Daß beide Verfasser auf die tiefen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Arbeitszeit und Arbeitsleistung nicht eingehen, daß sie die tatsächliche Grundlage der nachkriegszeitlichen Arbeitszeitfrage mit ihren ungeheuren Wirtschafts- und handelspolitischen Auswirkungen völlig außer acht lassen, versteht sich von selbst. Aber sie zeigen der Arbeiterschaft, daß es auch im Lager

des deutschen Unternehmertums fleißige Schreiberlein gibt, die „von Wohlwollen gegenüber der Arbeiterschaft überfließen“. Sozius macht das nun, indem er in seiner Schreiberlei feststellt, daß, wenn Deutschland seine Unterschrift unter das Washingtoner Abkommen setzt, sein Export aufhöre, eine ungeheure Arbeitslosigkeit eintrete usw. usw. Das ganze Register kapitalistischer Gelegenheitsklagen wird von unserm braven Sozius gezogen. Aber sein Spießgeselle Albert kann es auch. Er weist haarfähr nach, daß, wenn Deutschland das Achtstundentagabkommen von Washington ratifiziert, die andern Nationen sich ins Fäustchen lachen werden, zum Beispiel weiß Herr Albert — er sagt es wenigstens — ganz genau, daß Amerika überhaupt nicht ratifizieren wird. Und so kommen denn beide Schreiberlein zu dem Schluß, den der Leser schon lang erraten haben wird, daß die deutsche Arbeiterschaft unbedingt von der „unheilvollen Idee“ des Achtstundentages und der achtundvierzigstündigen Arbeitswoche ablassen muß.

Die deutsche Arbeiterschaft wird den Wert, der in den beiden von uns besprochenen Broschüren betriebenen Agitation nach Verdienst einschätzen, wenn sie erfährt, wer die beiden Schreiberlein sind. Hinter dem Biedermann „Sozius“ versteckt sich kein anderer als — Herr Emil Kloth. Dieser „alte Gewerkschafter“ ist ja den Arbeitern genügend bekannt. Aber auch der Sozius dieses Biedermannes, Herr Robert Albert, ist der Arbeiterschaft kein Fremder. Er irrlichterte vor Jahren mal durch die Arbeiterbewegung, mimte den Radikalinski, schnaubte in Wut gegen die Revisionisten und bemüht sich jetzt — den Gewerkschaften keine phänomenalen Erkenntnisse beizubringen. Er hätte besser getan, sie für sich zu behalten.

Auflösung der Technischen Nothilfe gefordert. Die Frage der Technischen Nothilfe war Gegenstand lebhafter Erörterungen seit ihrer Gründung, und sie kam für die Gewerkschaften zu einem Abschluß auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Leipzig. Für den Fall eines Streiks in lebensnotwendigen Betrieben wurde durch Kongressbeschluss in den Bundesstatuten festgelegt, daß die Notarbeiten in solchen Betrieben von den einzelnen Organisationen für ihr Organisationsgebiet zu bestimmen und von den Streikenden auszuführen sind, um dadurch zu verhindern, daß die aus Reichsmitteln ausgehaltene Technische Nothilfe eingesetzt wird. Auf diese Weise war es in den letzten Jahren in zunehmendem Maße möglich, die böllige Stilllegung lebensnotwendiger Betriebe zu verhindern. Für das fernere Fortbestehen der Technischen Nothilfe bestand somit keine Notwendigkeit. Wie aber jede staatliche Einrichtung, so versuchte auch die „Teno“ durch Verträge in der Öffentlichkeit, ihre Existenznotwendigkeit nachzuweisen, insbesondere geschah dies für die Gebiete der Landwirtschaft und des Transport- und Verkehrswesens. Bei genaueren Nachforschungen stellte sich aber vielfach heraus, daß die bestrittenen Unternehmer die gewerkschaftlichen Notarbeiter an jeder Tätigkeit im Betriebe hinderten, um auf diese Weise den Einsatz der „Teno“ zu erzwingen. Die „Teno“ wurde daher immer mehr zu einem Instrument, das für die egoistischen Interessen der Unternehmer benutzt und zu einer Gefahr für die Gewerkschaften wurde. Dagegen sich zu wehren, war eine gewerkschaftliche Pflicht der Spitzenorganisationen. Die unterzeichneten Spitzenverbände haben zum ersten Male gemeinsam gehandelt und die nachstehende Eingabe an den Reichskanzler, das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeits- und Reichsfinanzministerium und an die Fraktionen des Reichstages gerichtet:

„Die unterfertigten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten richten an die Reichsregierung und insbesondere an das Reichsministerium des Innern das Ersuchen, die Auflösung der Technischen Nothilfe für den Ablauf des nächsten Statjahres vorzubereiten und die für das Rechnungsjahr 1925 anzufordernden Statmittel entsprechend zu kürzen.

Die Voraussetzungen, die zur Errichtung der Technischen Nothilfe führten, erachten die Gewerkschaften nicht mehr für gegeben. Insbesondere ist seit dem Eintritt stabilerer Wirtschaftszustände eine wesentliche Veruhigung unter der arbeitenden Bevölkerung eingezogen. Die tiefgehenden seelischen Erschütterungen weiter Volksteile, als Folgeerscheinung des verlorenen Weltkrieges, sind ebenfalls überwunden, und damit ist die Gefahr der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe durch politisch radikalisierte Volksteile fast unmöglich geworden. Die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit in den letzten Jahren hat dazu beigetragen, daß die Arbeiter im Falle eines Streiks die Notarbeiten selbst ausführen. In den gewerkschaftlichen Satzungen sind für den Fall eines Streiks in gemeinnützigen Betrieben, das heißt solchen, die für die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung notwendig sind, Sicherungen für die Fortführung der Notarbeiten getroffen, die bereits Gemeingut der Gewerkschaftsmitglieder geworden sind.

Gegenüber diesen unbestreitbaren Feststellungen ist die Anforderung im Reichstat für das Rechnungsjahr 1925 mit 3 687 000 M und einem Mehrbetrag von 367 000 M gegenüber dem Vorjahr nicht in Einklang zu bringen. Die Finanzlage des Reiches zwingt nach Ansicht der Regierung zu größter Sparsamkeit, die beim Statitel „Technische Nothilfe“ sehr wohl geübt werden kann, da seit 1919, dem Gründungsjahr der „Teno“, die wirtschaftliche und politische Lage des Reiches sich wesentlich gefestigt hat.

Wenn die Technische Nothilfe in den kritischen Jahren nach dem großen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands als eine Staatsnotwendigkeit anerkannt worden ist, so ist sie doch bei ihrer Gründung bereits als eine vorübergehende Noteinrichtung bezeichnet worden. Die Reichsregierung hat wiederholt und zuletzt durch den Herrn Reichsminister des Innern in der 306. Sitzung des Reichstags vom 22. Februar 1923 ausdrücklich betont, daß die Technische Nothilfe nicht als dauernde Einrichtung zu betrachten sei.

Seit jener Zeit sind die Bedingungen zur endgültigen Auflösung der Technischen Nothilfe wesentlich günstiger gestaltet. Vielfach haben die Arbeitgeber bei Lohnkämpfen die gewerkschaftlichen Notarbeiter zum Verlassen ihrer Betriebe aufgefordert und dafür den Einsatz der Technischen Nothilfe verlangt. Die Arbeitgeber erblicken bereits in dieser

Einrichtung eine Organisation zum Schutze ihrer Standesinteressen; sie werden in dieser Auffassung nur noch bestärkt, wenn die Regierung die staatlichen Mittel in noch größerem Umfange anfordert, statt den Abbau vorzubereiten.

In einem der ersten Auftrufe der Technischen Nothilfe heißt es: „Nichts für die Gewinn- oder Profitgier, alles nur für die Erhaltung der Arbeitsmöglichkeit eines gesunden deutschen Volkes.“

Dieselben Grundsätze werden von den unterzeichneten Spitzenorganisationen anerkannt und praktisch geübt.

Mithin ist die Technische Nothilfe nunmehr entbehrlich und ihre Auflösung im staatspolitischen Interesse eine Notwendigkeit geworden.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Allgemeiner freier Angestelltenverband.

Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Sozialpolitisches.

Höhere Mieten, damit die Hausbesitzer „Kapital“ sammeln. In der Zeitschrift: „Der Wirtschaftsdienst“ spricht Dr. Karl Krämer der Erhöhung der Mieten durch Freigabe der Mietzinsbildung auch für alte Wohnungen das Wort. Seiner Meinung nach würden dann die Mieten nicht ins Unermessliche steigen, jedenfalls aber um 30 bis 40 % über den Friedensstand.

Der Gedankengang des Herrn Dr. Krämer ist bodenlos töricht. Er nimmt an, daß die Löhne und Gehälter trotz der enormen Erhöhung der Mieten nicht erhöht würden. Dies muß er annehmen, sonst würde ja die „Kapitalbildung“ bei den Unternehmern verlangsam.

Das Einkommen der deutschen Landwirtschaft. Im Organ des großagrarischen Reichslandbundes wird von Dr. Walter Glaaßen das Einkommen aus der Landwirtschaft für das Jahr 1924 ausgerechnet. Seiner Berechnung zufolge hatte die Landwirtschaft im vergangenen Jahr ein Einkommen von 11,8 Milliarden Mark gegenüber 12,9 Milliarden Mark vor dem Kriege.

Das hohe Einkommen der Landwirtschaft mit beinahe 12 Milliarden Reinwert der Produktion soll nach der Ansicht des Verfassers die größere Bedeutung der Landwirtschaft vor der Industrie beweisen.

schließen. Rein logisch würde man umgekehrt sagen müssen, daß die Landwirtschaft, die nur ein Viertel aller Erwerbstätiger beschäftigt, und trotzdem größere Erträge liefert als die Industrie, der Erhöhung ihres Einkommens um den Betrag der Schutzzölle nicht bedarf.

Literarisches.

„Weltrundschau.“ Die letzte Nummer der „Weltrundschau“ bringt wie üblich knappe und klare Darstellungen über die Ereignisse des vergangenen Monats auf dem Gebiet der Weltpolitik, Weltwirtschaft, internationalen sozialen Bewegung sowie über Wirtschaftslage und soziale Bewegung des Deutschen Reiches für den Gebrauch der Arbeitnehmer.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. G. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 M.

Der gute Kamerad. So heißt sich das neueste von G. Vollmer, Mannheim, herausgegebene Werk für Zimmerleute. Es besteht aus 2 Tafeln, wovon eine beiderseitig bedruckt ist (Tafelgröße: 35 : 52 und 50 : 31), und einem kleinen Textbandheft von knapp 60 Seiten sowie 10 mit Papier überklebten Schiffer-, Grat- und Kehlsparrn (Holzmodelle im Maßstab 1 : 10).

Der fremde August Viemann, geboren am 13. Mai 1901 Zimmerer Neuhaus a. d. Oste, wird von seinen Eltern vermisst. Kameraden, die seinen Aufenthalt kennen oder von ihm etwas wissen, werden gebeten, Mitteilung zu machen an seinen Vater Friedrich Viemann, Oberhüll b. Osten.

Briefkasten der Redaktion. N. N. in B. Der erhöhte Krankengeldsatz in der Zentralrentenkasse tritt erst nach 4 Wochen neuer Beitragsleistung ein.

Dienstag, den 19. Mai: Dortmund: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße 32 (Kleiner Saal). Sonntag, den 24. Mai: Wanne: Abends 7 Uhr bei Kumpmann, Schulstr. 9.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Landberg a. d. W. Am 30. April starb plötzlich unser langjähriger Kamerad Wilhelm Rüssel im Alter von 58 Jahren an Gehirnschlag.

Zahlstelle Brandenburg.

Der Zuzug nach dem Zahlstellengebiet Brandenburg ist streng fernzuhalten. Meldungen dortselbst beim Vorsitzenden Karl Besicke, St. Annenstraße 29.

Zahlstelle Gelsenkirchen.

Laut Versammlungsbeschluss ist der Zuzug nach Gelsenkirchen wegen Lohnunterschieden fernzuhalten. Ohne Ausweis darf keiner in Arbeit treten.

Achtung! Zahlstelle Glauchau.

Erster Vorsitzender ist jetzt Willy Rust, Brüderstraße 20, erster Kassierer Walter Heinke, Siedlerweg.

Achtung! Zahlstelle Isehoe.

Umschauen verboten! Zureisende Kameraden haben sich wegen Arbeit zu melden beim ersten Vorsitzenden Gustav Lohse, Brunnenstraße 27, oder beim ersten Kassierer Erich Schulz, Neustraße 3.

Köln.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. Ortsverwaltung Köln.

Mitgliederversammlung

Sonntag, den 24. Mai, vormittags 11 Uhr, im Lokal zu den „Vier Schmonekindern“.

Züchtige Zimmerleute

stellt ein Dampfziegelei Schmiedeberg H.-G. (Bez. Halle).

Zwei tüchtige Zimmergesellen

gefucht. Johann Bischoff, Zimmermeister, Groß-Cotttrum, Bez. Bremen.

Der fremde August Viemann, geboren am 13. Mai 1901 Zimmerer Neuhaus a. d. Oste, wird von seinen Eltern vermisst.

Otto Wendland, Zimmerer aus Schwaan i. M., sende sofort Deine Adresse an Deine Eltern wegen der Auslandsreise.

Achtung! Die Herberge der „Freien Vogtländer“ zu Hannover befindet sich Wahrenwader Straße 43, „Zum Heibelberger Hof“.

Die Herberge der Freien Vogtländer in Duisburg befindet sich jetzt: Juliusstraße 49, Wirtschaft Muscheid.